

# DER Offizier

Ausgabe 1/2023 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



**Infanterie im Österreichischen Bundesheer |**

**X. Tag der Wehrpflicht |**

**Luftverteidigung |**

**Unser Bundespräsident und  
Oberbefehlshaber ist "Schirmherr und  
Unterstützer des Bundesheeres".**



# WÄCHTER

## Mangelnder Wehrwillen?!

**W**enn man der Ansicht ist, dass das Wehrbudget der Ausdruck des Wehrwillens eines Volkes ist, muss man sich in Österreich Sorgen machen. Von den ca. 1,6 Prozent im Jahr 1957 und einer Spitze von fast 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Mitte der 1960er Jahre bis zu dem Wehrbudget von 0,6 Prozent in der Gegenwart scheint ein desaströser Verfall des Selbstbehauptungswillens stattgefunden zu haben..

/ Der Euphorie, die sich mit dem Zerfall des Warschauer Paktes eingestellt hat, und dem darauf einsetzenden populistischen Wettlauf um eine Friedensdividende mit der Marginalisierung der Streitkräfte und dem Propagieren der angeblich verschwundenen Bedrohung, wird nun wohl ein Erwachen in der Realität folgen. Grundsätze, wie sie in dem alten wehrpolitischen Slogan „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ zum Ausdruck kommen, haben eine immerwährende Gültigkeit und können nicht durch Verweigerung der Realität und dem legitimen Wunsch nach Frieden ausgehebelt werden.

/ Das Problem beginnt dort, wo der Friedenswunsch in Realitätsverweigerung und Schwächung des Wehrwillens und der Wehrfähigkeit umschlägt. „Soldaten sind Mörder“ – wenn man ungestraft diesen Nonsens verbreiten darf, der aus einem Tucholsky-Artikel stammt, darf man sich nicht wundern, dass sich das Band zum verfassungsmäßigen Verteidigungsinstrument eines Staates schleichend auflöst und der Wehrwille sinkt. Allgemein Gebildete wissen, dass Mord eine widerrechtliche Form des Tötens ist, der Einsatz des Soldaten aber nicht. Es sind nur jene Soldaten Mörder, die außerhalb des rechtlichen Rahmens töten: also z. B. wenn sie Gefangene oder unbeteiligte Zivilpersonen ermorden. Wenn sie im Auftrag ihres Staates eine legitime Verteidigung führen oder eine Friedenssicherung im Auftrag der Vereinten Nationen erfüllen, leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden ihrer Heimat und für alle Menschen.

Der Wehrwille sinkt natürlich auch dann, wenn es keine konkrete Bedrohung gibt. Bitte nicht missverstehen, das bedeutet nicht, sich zum Aufrechterhalten des Wehrwillens schlechte Zeiten zu wünschen, aber die Zusammenhänge sind wohl deutlich evident. Erkennbar wird das durch Meinungsumfragen, die zeigen, dass es besonders in den gut situierten Ländern nur eine geringe Bereitschaft gibt, sich zu verteidigen, dabei hätten diese mehr zu verlieren als andere. Was werden wir tun, wenn wir uns verteidigen müssen? Werden dann die Menschen das Land verlassen, damit sie nicht einrücken müssen? Überlegen Sie sich einmal, wie surreal es in manchen Ohren klingen muss, wenn man sich gewisse Passagen des Militärstrafgesetzes vor Augen führt. Dort wurde, wohl aus militärischer Notwendigkeit, aber auch aus der Erfahrung des Lebens heraus, festgelegt, dass Furcht vor persönlicher Gefahr eine Tat nicht entschuldigt, wenn es die soldatische Pflicht verlangt, die Gefahr zu bestehen. Gemeint sind hier wohl die Taten Unerlaubte Abwesenheit, Desertion, Herbeiführung der Dienstuntauglichkeit, Dienstentziehung durch Täuschung, Nichtbefolgung von Befehlen oder gar Verabredung zum gemeinschaftlichen Ungehorsam.

/ Wie muss man sich als Soldat wohl fühlen, wenn man einen verfassungsmäßigen Auftrag hat, aber spürt, dass diejenigen, die man gemäß der Angelobungsformel mit der Waffe in der Hand verteidigen soll, ja sogar muss, vielleicht gar nicht dahinterstehen? Wäre es nicht Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass die bewaffnete Macht des Staates, die zur Verteidigung von Souveränität und Freiheit berufen ist, anerkannt und ordentlich ausgerüstet ist? Das geplante Finanzieren, z. B. einer Luftabwehr, sofern es nicht wieder anderen Dringlichkeiten zum Opfer fällt, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber wird das, was geplant ist, ausreichen, um die Sicherheit der Republik glaubhaft zu erhöhen? Zum Überleben gehört die Bereitschaft, bei Bedrohung seiner Werte kämpfen zu wollen, das ist der Wehrwille. Und die Fähigkeit, kämpfen zu können, erfordert das geeignete Personal und eine Rüstung, die dem internationalen Standard entspricht. ✕

## Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Interview mit dem Oberbefehlshaber
- 8 X. Tag der Wehrpflicht
- 14 Die Einsatzbereitschaft der Miliz – Ein Bericht des Rechnungshofes
- 16 Luftverteidigung
- 20 Auslandseinsätze des Bundesheeres – Zahlen, Daten, Fakten
- 21 Geopolitik
- 22 Infanterie
- 27 Kurzmeldungen: Risikobild 2023 – Krieg um Europa; Unermüdlicher Einsatz der Rettungskräfte im Erdbebengebiet
- 28 Wird es im Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine „einen militärischen Sieger“ geben?
- 29 Prepper in Schweden – Vorbereitung auf einen möglichen Krieg mit Russland und gegen Blackout jeglicher Art
- 30 Gedanken eines frisch ausgemusterten Leutnants über seinen akademischen Grad „Bachelor of Arts in Military Leadership“; Leserbrief

**DER OFFIZIER**  
**Medieninhaber und Herausgeber:** Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511  
**Chefredakteur:** Generalmajor i. R. Hon. Univ.-Prof. (NKE) Dr. Harald Pöcher, offizier.redaktion@oeog.at  
**Erscheinungsort:** Wien  
**Marketing:** Dr. Michael Radlke, marketing@oeog.at  
**Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck  
**Druck:** druckhaus scharmer GmbH, 8280 Fürstenfeld, Flurstraße 67  
**Fotos:** gem. Einzelnachweis

Hinweis zur Ausgabe 1/2023: Diese Ausgabe enthält als Beilage die Mitteilungsblätter der ÖOG T bzw. ÖOG B für deren Mitglieder.

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des „Wächters“ müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

**Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:**  
Die Zeitschrift befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Informationen in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

## Vorwort

**Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,**

ein Jahr Krieg in der Ukraine lehrt uns, dass ein ungebrochener Wehrwille Berge versetzen kann. Neben den bedeutenden Hilfsmaßnahmen des Westens ist die Einstellung der Ukrainer zur Verteidigung des Heimatlandes der Garant, dass die Ukraine als souveräner Staat weiter existieren könnte. Die aktuelle Lage in der Ukraine zeigt uns auch, dass wir in Österreich mit dem Konzept der umfassenden Landesverteidigung und dem Raumverteidigungskonzept nicht so falsch gelegen waren. Bei einer gezielten Unterstützung, beispielsweise bei der Lieferung von Fliegerabwehrwaffen, hätte das Bundesheer durchaus einem möglichen Aggressor widerstehen können. Denn damals war, im Gegensatz zu heute, der Wehrwille in der Bevölkerung, dank einer funktionsfähigen Geistigen Landesverteidigung, hoch. Glaubt man einer Umfrage aus dem Jahr 2020, so sieht das heute dramatisch schlecht aus, denn nur mehr knapp 30 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher wären bereit, die Heimat zu verteidigen. Dieser niedrige Wert ist eigentlich eine Bankrotterklärung für die Verantwortlichen der Umsetzung der Geistigen Landesverteidigung.

/ Im Bundesheer gibt es seit der signifikanten Budgeterhöhung eine sanfte Aufbruchstimmung, welche auch bei den Vorträgen und der Diskussion während des X. Tages der Wehrpflicht herauszuhören war. Allerdings werden Lippenbekenntnisse nicht genügen, um der Miliz wieder jene Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung zu stellen, dass wieder voll aufgefüllte Truppenkörper üben können. Jedenfalls sollte die Aufbruchstimmung im Bundesheer auch auf andere Verantwortungsbereiche des Staates überspringen, damit rasch wieder der Wehrwille in Österreich angehoben werden kann und dadurch der Soldatenberuf wieder attraktiver wird. Der Miliz könnten dadurch wieder mehr Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgrade zur Verfügung stehen. Die Gewinner dabei sind alle Österreicherinnen und Österreicher, da mit all diesen Maßnahmen das Heimatland besser geschützt werden kann.

/ Viel Freude beim Durchblättern und Lesen dieser Ausgabe

**Ihr Chefredakteur  
Harald Pöcher**



# Brief des Präsidenten

## Vom Glaubenskrieg



© OÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Als der Kalte Krieg mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete, prägte der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama den Begriff vom „Ende der Geschichte“. Er meinte damit, dass der Kampf zweier Ideologien um die Welt Herrschaft final entschieden wäre. Das Konzept der liberalen Demokratie – der Westen – hätte sich gegen den Kommunismus – den Osten – durchgesetzt. Implizit bedeutete das auch den Sieg des Kapitalismus über die Planwirtschaft.

### Money makes the world go round

Das hatte weitreichende Folgen. Einerseits konnte eine Friedensdividende durch Reduktion der Verteidigungsausgaben erzielt werden. Andererseits wurde eine Globalisierung der Wirtschaft vorangetrieben. Der steigende Wohlstand sollte jedem Erdbewohner beweisen, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das Fundament für Frieden und Prosperität darstellen. Unter dem Motto „Wandel durch Handel“ sollten die unterschiedlichen Weltregionen so miteinander verzahnt werden, dass Arbeitsteilung eine Gegnerschaft verunmöglicht. Dieses Konzept war mit der „Montanunion“, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, bereits erfolgreich an der Wiege der EU gestanden. Jetzt sollte es auf den Globus erweitert werden. US-Präsident George Bush Sen. nannte dies 1990 die „Neue Weltordnung“ und beschrieb „eine Welt, in der die Herrschaft des Rechts die Herrschaft des Dschungels ersetzt. Eine Welt, in der die Völker die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Eine Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert.“

### Culture eats strategy for breakfast

Es wurde dabei aber ausgeblendet, dass diese westlichen Ideale auf einem jahrhundertealten Fundament europäischer Kulturgeschichte aufbauen. Viele blutige (Bürger-)Kriege waren über Europa gezogen, ehe sich dieses moderne Staatsverständnis etablieren konnte. Das europäische Credo der Humanität ist eine Lehre aus den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts und damit ein sehr junges Konzept der Geopolitik. Wie dünn der zivilisatorische Anstrich ist, konnte bei den Gräueln und Kriegsverbrechen des Jugoslawischen Bürgerkriegs direkt vor unserer Haustüre gesehen werden.

/ Umso mehr verstehen autokratische oder totalitäre Führer das europäische Politikmodell weniger als erstrebens- und nachahmenswert, sondern eher als Ausdruck der Schwäche. Konsumismus und Wokeness als Antlitz eines naiven Pazifismus werden als Dekadenz und nicht als Vorbild gesehen.

/ Und so blieb die „Neue Weltordnung“ eines regelbasierten Zusammenlebens eine Utopie – oder ein Schreckgespenst für Verschwörungstheoretiker, die darunter die angestrebte Weltherrschaft einer (US-geführten) Elite verstehen. Reich und schwach zu sein, ist nach den Gesetzen des Dschungels eine Einladung an den Starken. Der Bruch des Völkerrechts und multilateraler Sicherheitsgarantien sowie die Missachtung internatio-

ner Organisationen erscheinen dem Mächtigen als lässliche Sünden.

### Andere Länder – andere Sitten

Von Fernreisen wissen wir, dass andere Weltregionen auch andere Kulturen entwickelt haben. Dieser Blick über den eigenen Tellerrand macht ja auch den Reiz eines Urlaubs aus. Aber nur zeitlich befristet. Meist kehrt man gerne wieder in vertraute Gefilde zurück. Afrika, die arabische oder die asiatische Welt funktionieren nach anderen Grundprinzipien. Im Wirtschaftsleben wird man mit interkulturellen Schulungen darauf vorbereitet. Doch warum meinen viele Menschen, dass in der Geopolitik nur der westliche Zugang und Standpunkt Berechtigung hat, obwohl wir in einer kulturell multipolaren Welt leben?

/ Putins Angriff auf die Ukraine wurde als unwahrscheinlich angesehen, da angedrohte Sanktionen wirtschaftliche Nachteile für Russland bringen würden. Das ist die Perspektive eines westlichen Homo oeconomicus, der sein Verhalten nur am finanziellen Profit ausrichtet. Motive, die außerhalb dieses Bewertungsrasters liegen, werden dann unterschätzt oder als krankhaft fehlinterpretiert.

### Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Es ist ein Bibelwort aus der Versuchungsgeschichte, das uns darauf hinweisen kann, dass eine einseitig wirtschaftliche Nützlichkeitsbetrachtung zu falschen Lagebeurteilungen führen kann. Unsere postheroische Gesellschaft tut sich schwer damit, Motive anzuerkennen, die darüber hinausgehen. Das zeigt sich auch in der Fassungslosigkeit im Umgang mit islamistischen Selbstmordattentätern, die sich heroisch – für uns verrückt – als Märtyrer in ihrem Kampf gegen die Ungläubigen opfern.

Auch Russlands Angriff auf die Ukraine verwendet transzendente Motive als Begründung, wenn Putin von einem „Heiligen Krieg gegen den Satan“ spricht. Die „militärische Sonderoperation“ wird zunehmend in einen dritten patriotischen Krieg umgedeutet, der damit auf einer Höhe mit dem Kampf gegen Napoleon und gegen Hitler steht. Welche Opfer Russland damals bereit zu tragen war, sollte uns als Warnung dienen und uns vor Illusionen über ein baldiges Ende bewahren.

/ Und auch wir – das meint sowohl Österreich als auch die EU – müssen uns fragen, was wir bereit sind, für unsere Werte einzusetzen. Wir müssen eine Antwort darauf geben, ob wir eine Wertegemeinschaft sind, die bereit ist, nicht nur materielle, sondern auch ideale Werte zu verteidigen. Halten wir die Menschenrechte und das Völkerrecht hoch oder arrangieren wir uns mit einem Aggressor, um keine Wohlstandsverluste hinzunehmen? Treiben wir eine Appeasement-Politik und opfern heute die Ukraine, morgen Moldawien und übermorgen das Baltikum? Oder sind wir eine wehrhafte Gesellschaft? Von den Antworten wird in der Zukunft viel abhängen.

### „The Great Game“

Historisch wurde der Konflikt zwischen Großbritannien und Russland im 19. Jahrhundert um die Vorherrschaft in Zentralasien als „Das Große Spiel“ bezeichnet. Beide Länder haben ihre weltbeherrschende Rolle im 20. Jahrhundert verloren. Doch sie stehen sich auch heute im Konflikt um die Ukraine gegenüber. Wir können diese Arena als Vorstufe oder Testfall zum „Great Game“ des 21. Jahrhunderts auffassen: dem Konflikt zwischen den USA und China.

/ Bis 2049 soll China nach dem Willen von Staatspräsident Xi Jinping wirtschaftlich wie militärisch global führend sein. „99 Luftballons“ im US-Luftraum und Warnungen eines Luftwaffen-Generals, dass 2025 ein Krieg wegen Taiwan stattfinden würde, sind dafür möglicherweise Vorboten. Die Sicherheitsgarantien der USA für Taiwan würden bei einer chinesischen Invasion zu einem massiven Kriegsver-

lauf im Pazifik führen, wie eine aktuelle Studie des Center for Strategic and International Studies analysiert. Man kann also davon ausgehen, dass China seine Taiwan-Politik sehr genau danach ausrichtet, wie glaubwürdig westliche Sicherheitsgarantien sind.

### Insel der Seligen

Und was hat das alles mit dem neutralen Österreich zu tun? Es wäre schön, wenn unser völkerrechtlicher Status, den man seit dem EU-Beitritt wohl eher als „bündnisfrei“ bezeichnen sollte, uns vor diesen globalen Herausforderungen schützen würde. Doch leider ist „unbewaffnete Neutralität“ weder eine Tarnkappe noch ein Schutzschild. Alle sicherheitspolitischen Analysen bestätigen, dass die Weltlage sich zunehmend verschlech-

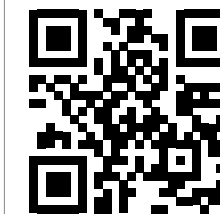
tert. Als EU-Mitglied können wir uns davor nicht abkapseln, globale Entwicklungen haben unmittelbare und mittelbare Wirkungen auf Österreich. Der politische Druck auf Österreich, sich klarer zu positionieren, hat zugenommen und wird sehr rasch deutliche Antworten erfordern.

/ Eigentlich ist EU-Politik für Österreich Innenpolitik. Unser provinzieller Zugang wird nicht aufrechtzuerhalten sein. So wird es Zeit, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Denn in einem Land, in dem nur 21 Prozent der Bevölkerung bereit sind, dieses auch zu verteidigen, ist ein rasches Aufwachen erforderlich meint Ihr

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier  
Präsident der Österreichischen  
Offiziersgesellschaft**



Immer  
aktuell  
informiert.  
Eintragen.  
Jetzt.  
oelog.at/newsletter



Der  
ÖÖG  
Newsletter

Foto: Bundesheer/Daniel Trippert

# Interview mit dem Herrn Bundespräsidenten und Oberbefehlshaber des Bundesheeres Dr. Alexander Van der Bellen

Das Interview führte der Chefredakteur

**H**och geschätzter Herr Bundespräsident. Vorweg „Herzlichen Glückwunsch zur zweiten Amtsperiode“. Als Sie vor sechs Jahren Ihr Amt als Bundespräsident angetreten sind, welche ersten Gedanken hatten Sie, als Sie mit der Amtsübernahme auch Oberbefehlshaber des Bundesheeres wurden?

Vor sechs Jahren, im Rahmen meiner Angelobung beim militärischen Festakt am Heldenplatz, ist mir bewusst geworden, dass ich nun gemäß der österreichischen Bundesverfassung auch den Oberbefehl über das Bundesheer führen werde.

/ Die konkrete Bedeutung, Oberbefehlshaber in Friedenszeiten zu sein, habe ich dann in meiner ersten Amtszeit kennengelernt: Die vielen schönen Gespräche im Rahmen meiner Truppenbesuche, die Soldatinnen und Soldaten haben mich mit ihrer hohen Motivation und Kompetenz sehr beeindruckt.

/ Meine langjährigen Forderungen nach einem ausreichenden Budget für das Bundesheer haben nun auch bei allen Parteien Konsens gefunden. Jetzt wird es darauf ankommen, aus den Plänen auch reales Gerät und Investitionen zu machen.



Der Oberbefehlshaber des Bundesheeres im Gespräch mit Soldaten

**Wenn Sie Ihre erste Amtsperiode als Oberbefehlshaber des Bundesheeres Revue passieren lassen, welche besonderen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Bundesheer waren für Sie prägend?**

Klare Antwort: Die Schiefelage zwischen den motivierten Soldatinnen und Soldaten und der fehlenden Ausrüstung und dem schon wirklich alten Gerät. Daher freut es mich jetzt besonders, dass nun das Österreichische Bundesheer sowohl durch das Bundesfinanzrahmengesetz als auch durch das Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz langfristige Investitionen tätigen kann.

/ Dadurch wird es künftig auch wieder möglich sein, die österreichische Bevölkerung im Rahmen der militärischen Landesverteidigung entsprechend schützen zu können.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner bei den „Melker Pionieren“

**Die Diskussionskultur bei sicherheitspolitischen Themen war in den letzten Jahrzehnten in Österreich durch wenig Objektivität und zu viel Populismus gekennzeichnet. Welchen Stellenwert räumen Sie in einer immer unsicherer werdenden europäischen Gesellschaft einer seriösen sicherheitspolitischen Diskussion ein?**

Durch den russischen Angriff auf die Ukraine vor einem Jahr am 24.02.2022 und seine weitreichenden globalen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen hat das Thema „Sicherheitspolitik“ wieder hohe realitätsbezogene Bedeutung für die einzelnen Organisationen und Staaten, aber auch für jeden von uns selbst erhalten.

Die Länder der Europäischen Union haben sich nicht nur als eine enge Solidargemeinschaft zur Unterstützung der Ukraine gezeigt, sondern auch erkannt, dass sie selbst entsprechende Fähigkeiten zur Verteidigung Europas gegenüber militärischen Aggressoren aufbauen müssen.

/ Als Beispiel darf ich dazu den geplanten europäischen Raketenabwehrschirm „Sky-Shield“, bei dem sich auch Österreich beteiligen wird, und die noch engere Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO anführen.



Die Offiziere im Gespräch mit Bundespräsident Van der Bellen

**Generalmajor Mag. Thomas Starlinger, ihr Adjutant und Bundesminister für Landesverteidigung in der Expertenregierung hat mit der Veröffentlichung der Studie „Unser Heer 2030: Bericht zum Zustand des Bundesheeres“ für nationales, aber auch internationales Aufsehen gesorgt. Um den Bericht ist es, nach der Erhöhung bei den Verteidigungsausgaben 2023, etwas stiller geworden. Wie beurteilen Sie den Inhalt dieses Berichtes?**

Der Bericht „Unser Heer 2030“ hat in seiner Bedrohungsanalyse schon 2019 eindringlich auf die Gefahr einer „Eskalation des Ukraine-Konflikts“ und „Russland in Konfrontation mit Europa“, aber auch auf mögliche Krisen, die durch eine Pandemie oder Blackout auftreten können, hingewiesen.

/ Daher haben die damals getroffenen Ableitungen für den Wiederaufbau eines funktionsfähigen Bundesheeres im Rahmen der militärischen Landesverteidigung nach wie vor ihre Gültigkeit und sind auch die Basis für die derzeitigen Planungen zum Abbau des Investitionsrückstaus sowie den Aufbau neuer Fähigkeiten zur Bewältigung künftiger Krisen.

/ Jetzt gilt es, diese Ableitungen mit den nun langfristig zur Verfügung stehenden Budgetmitteln rasch in materieller, infrastruktureller und personeller Hinsicht zu realisieren.



Nationalfeiertag 2019, Abschreiten der Front durch den Bundespräsidenten, der damaligen Bundeskanzlerin Bierlein, dem damaligen Bundesminister Starlinger und dem damaligen Generalstabschef Brieger

**In den letzten Jahrzehnten ist die „Umfassende Landesverteidigung“ zu einem Paupertiger verkümmert. Wie sehen Sie nach Ihrer langen Erfahrung in der Spitzenpolitik die Rolle der „Umfassenden Landesverteidigung“ mit ihren Teildisziplinen Geistige-, Militärische-, Wirtschaftliche- und Zivile Landesverteidigung und Möglichkeiten, sehen Sie als Oberbefehlshaber diese für die Republik Österreich so wichtige Institution als zielführend an?**

Die Umfassende Landesverteidigung, wie sie auch im Artikel 9a der österreichischen Bundesverfassung verankert ist, ist sicherlich DER „Schlüssel zum Erfolg“ bei der Bewältigung von Krisen, die durch hybride Bedrohungen, Blackouts, Cyber-Angriffe etc. ausgelöst werden können.

/ Auch die COVID-Krise hat deutlich aufgezeigt, dass nur durch eine gemeinsame Vorgangsweise von Bund, Ländern, Einsatzorganisationen, Sozialpartnern und kritischen Infrastrukturbetreibern für komplexe Situationen die entsprechenden Lösungen gefunden und in die Praxis umgesetzt werden können.

/ Dazu ist schon seit langem ein Krisensicherheitsgesetz in Ausarbeitung, das künftig sowohl die vorausschauende strategische Vorbereitung auf mögliche Krisen als auch deren operative Bewältigung in einem gesamtstaatlichen Ansatz abbildet. ❌

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, vielen Dank für das Gespräch.



Der Nationalfeiertag beginnt am Wiener Heldenplatz traditionell mit den Kranzniederlegungen



# Der X. Tag der Wehrpflicht

Nachdem in den letzten Jahren die restriktiven Coronamaßnahmen einen vollbesetzten Saal im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz in Wien nicht zuließen, konnte der Präsident des Dachverbandes der Wehrpolitischen Vereine, Brigadier Mag. Erich Cibulka, am 20. Jänner 2023 in einem nahezu vollbesetzten Festsaal der Industriellenvereinigung den X. Tag der Wehrpflicht eröffnen. In seinen Begrüßungsworten hob er mit Freude hervor, dass im Dachverband der Wehrpolitischen Vereine mittlerweile 19 Vereine Mitglied seien, all diese Vereine zusammen rund 250.000 Mitglieder zählten und sich dadurch im Laufe der letzten zehn Jahre eine starke Lobby für das Bundesheer herauskristallisiert habe. Unter dem Hinweis auf die ernsten Zeiten mit den großen Herausforderungen, in welchen wir zurzeit stehen, sei bewusst das Thema „Bundesheer: Aufbauplan 2032“ gewählt worden, so Cibulka. Zur Jubiläumsveranstaltung konnte er die Frau Bundesministerin für Landesverteidigung, Mag. Klaudia Tanner, den ehemaligen Chefs des Generalstabes, Mag. Edmund Entacher, welcher gemeint habe, dass die Wehrpflicht für die notwendige Mannstärke, aber auch die demokratische Durchflutung der Streitkräfte Sorge. Die Ministerin wies insbesondere darauf hin, dass sie bei ihrer Amtsübernahme gesagt habe, dass zwar ein schwieriger und steiniger Weg vor uns liege, sie aber gemeinsam mit allen Verantwortlichen das Notwendige möglich machen werde, um dem Bundesheer neue zukunftsfähige Strukturen zu geben. Ein Ausdruck davon, dass das Gemeinsame über dem Trennenden stehe, sei die Anwesenheit der Wehr- und Bereichssprecher aller im Nationalrat vertretenen Parteien. In einem Rückblick zog sie Bilanz und stellte fest, dass es seit der Volksbefragung schon einige herzeigbare Leistungen gebe, etwa dass 19 wehr- und sicherheitspolitisch relevante Vereine zu einem Dachverband zusammengeschlossen haben, dass erstmals in

Die Eröffnung der Veranstaltung durch Brigadier Mag. Cibulka



© HBFL/LECHNER (4)

des Tages der Wehrpflicht gebe und wir es gemeinsam geschafft hätten, das Bundesheer wieder mit wesentlich mehr Geld auszustatten. In Zusammenhang mit dem Tag der Wehrpflicht hob die Ministerin mit Stolz hervor, dass sie sich damals in ihrem Heimatbundesland stark für die Beibehaltung der Wehrpflicht eingesetzt habe und sie zitierte auch einen Ausspruch des ehemaligen Chefs des Generalstabes, Mag. Edmund Entacher, welcher gemeint habe, dass die Wehrpflicht für die notwendige Mannstärke, aber auch die demokratische Durchflutung der Streitkräfte Sorge. Die Ministerin wies insbesondere darauf hin, dass sie bei ihrer Amtsübernahme gesagt habe, dass zwar ein schwieriger und steiniger Weg vor uns liege, sie aber gemeinsam mit allen Verantwortlichen das Notwendige möglich machen werde, um dem Bundesheer neue zukunftsfähige Strukturen zu geben. Ein Ausdruck davon, dass das Gemeinsame über dem Trennenden stehe, sei die Anwesenheit der Wehr- und Bereichssprecher aller im Nationalrat vertretenen Parteien. In einem Rückblick zog sie Bilanz und stellte fest, dass es seit der Volksbefragung schon einige herzeigbare Leistungen gebe, etwa dass 19 wehr- und sicherheitspolitisch relevante Vereine zu einem Dachverband zusammengeschlossen haben, dass erstmals in

der Zweiten Republik ein Landesverteidigungssicherungsgesetz und das höchste Verteidigungsbudget in der Zweiten Republik beschlossen wurden. Des Weiteren könnten sich auch die bereits getätigten Beschaffungsvorhaben sehen lassen, etwa die Hubschrauberbeschaffung. Unbeschadet dieser Erfolge, ist sich die Ministerin aber auch sicher, dass noch viel Arbeit vor uns liegen werde. Als eine der Grundlagen für diese Aufbauarbeit lobte die Ministerin die bahnbrechende und zukunftsweisende Arbeit ihres Vorgängers im Amt, den Bericht „Unser Heer 2030“. Als Ergebnis der Aufbauarbeit werde es in Zukunft unter anderem mehr Übungen, aber auch mehr Geld für die Grundwehrdiener und Milizsoldaten geben.

Brigadier Ministerialrat Dr. Peter Fender zog in seiner Funktion als Generalsekretär des Dachverbandes „Plattform Wehrhaftes Österreich“ danach eine Zwischenbilanz der ersten zehn Jahre nach der Volksbefragung. Als Grundlage für seine Ausführungen schilderte er den Niedergang des Bundesheeres im Gefolge der Auflösung des Warschauer Paktes. Zunächst habe die Lage für das Bundesheer noch nicht so bedrohlich ausgesehen, da gegen Ende der 1990er Jahre und Anfang der 2000er Jahre unter den damaligen Ministern Faslabend und Scheibner

es zwar eine personelle Abrüstung des Bundesheeres gegeben habe, aber durch die Beschaffung des Mech-Paketes und der modernen Kampfflugzeuge eine qualitative Aufrüstung stattgefunden habe. Erst ab dem Jahre 2003 sei das Bundesheer auf eine schiefe Ebene geraten, da man damals begonnen habe, Verbände abzuschaffen, den Großteil der schweren Waffen zu verschrotten sowie Kasernen zu verkaufen. Ein weiterer bis ins Mark gehende Anschlag auf das Bundesheer sei die Abschaffung der Wiederholungsübungen gewesen. Dies alles sei unternommen worden, weil man sich auf die Aussagen namhafter Experten berufen habe können, welche den ewigen Frieden und das Ende der Geschichte prognostiziert hätten. Am Höhepunkt dieses Abrüstungsprozesses sei danach die Forderung nach der Abschaffung der Wehrpflicht gestanden. Wäre dies durchgegangen, hätte das Bundesheer in keiner Weise mehr den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen können. Damals hätten bei vielen Mitgliedern von wehrpolitisch relevanten Vereinen die Alarmglocken geschallt und dieser Worst-Case (Abschaffung der Wehrpflicht) sei zum Ernstfall ausgerufen worden.

Seit der Volksbefragung sei viel geschehen. Es sei die Plattform des Dachverbandes als juristische Person gegründet worden, der mittlerweile 19 wehr- und sicherheitspolitisch relevan-

te Vereine angehörten. Ein Grundsatzprogramm sei erarbeitet und veröffentlicht worden, in dem sich die Plattform als Arbeitsschwerpunkte die Wiederbelebung der Umfassenden Landesverteidigung, insbesondere der Geistigen Landesverteidigung, das Bekenntnis zur Wehrpflicht und zum Milizsystem, die Erweiterung der Tauglichkeitskriterien, die Wiedereinführung der Wiederholungsübungen (Truppenübungen) und die Erhöhung des Wehrpflichtigenanteils im Vergleich zum Zivildienstanteil gesetzt hätte. Des Weiteren habe man beschlossen, sich für eine Verbesserung der materiellen und finanziellen Ausstattung des Bundesheeres einzusetzen, eine Vollaussattung der Miliz herbeizuführen und die Ausstattung mit schweren Waffen zu fordern. Damals habe man auch beschlossen, alle Forderungen des Grundsatzprogramms durch die jährliche Abhaltung eines Tages der Wehrpflicht zu untermauern und bei der Fortentwicklung des Bundesheeres den Dialog mit der Politik zu suchen.

Im Anschluss daran ging Dr. Fender chronologisch auf die wesentlichen Inhalte der einzelnen Tage der Wehrpflicht ein. Zunächst sei zu Beginn die Diskussion mit den Wehrsprechern im Vordergrund gestanden. Insbesondere erwähnte Dr. Fender die große Leistung des Abgeordneten Otto Pendl (SPÖ), welcher durch einen Initiativantrag zur

besseren Ausstattung des Bundesheeres mit finanziellen Mitteln dem Bundesheer einen großen Dienst erwiesen habe. Ein Jahr darauf habe der Fokus auf der Erweiterung der Tauglichkeitsbestimmungen zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit gelegen. Des Weiteren sei ein Hilferuf an die Politik erfolgt, die Wiederholungsübungen wieder einzuführen. Beim 3. Tag der Wehrpflicht habe man sich mit der Mär von der 10-jährigen Vorwarnzeit befasst und dazu auch interessante Vortragende gewonnen, unter anderem den ORF-Korrespondenten Major Mag. Christian Wehrschütz. Der 4. Tag der Wehrpflicht habe einen EU-Schwerpunkt gehabt und am 5. Tag der Wehrpflicht habe es gegolten, „150 Jahre Wehrpflicht“ in Österreich gebührend zu feiern. Der 6. Tag der Wehrpflicht sei gekennzeichnet gewesen durch die erstmalige Anwesenheit eines Bundesministers für Landesverteidigung an einem Tag der Wehrpflicht. Unter Anwesenheit des damaligen Bundesministers Mario Kunasek (FPÖ) sei der Problembereich „Hybride Bedrohungen“ auch unter dem Gesichtspunkt diskutiert worden, wie lange Blaulichtorganisationen im Falle eines Blackouts überhaupt operativ tätig sein könnten. Am 7. Tag der Wehrpflicht seien der Stand der Umfassenden Landesverteidigung und ihre Elemente einer schonungslosen Analyse unterzogen worden. Dabei seien als Resümee gravierende Mängel bei der Ausgestaltung der einzelnen Teilbereiche zu Tage getreten. Die Bewährungsprobe für die Funktionsfähigkeit der Umfassenden Landesverteidigung habe die Coronapandemie gebildet. Die Vernachlässigung von einzelnen Maßnahmen der Umfassenden Landesverteidigung, bspw. die Bevorratung, seien dabei klar ans Licht getreten. Am 8. Tag der Wehrpflicht sei eine Diskussion erfolgt, ob unsere getroffenen Maßnahmen auf die geänderten sicherheitspolitischen Herausforderungen zeitgemäß sind. Bei diesem Tag der Wehrpflicht habe es ▶



Brigadier Ministerialrat Dr. Fender bei seinem Vortrag

das erste Mal Grußworte des Bundespräsidenten als Oberbefehlshaber des Bundesheeres gegeben – nach Referaten der Militärattachés von Schweden und der Schweiz sowie unter anderem eines Vortrages des Sicherheitspolitischen Direktors Dr. Arnold Kammel. Als Ergebnis der Vorträge sei klar zum Ausdruck gekommen, dass der Kern jeder Armee die schweren Waffen sein müssten und der Fokus der Beschaffung auf diesen Waffensystemen liegen müsse. Fender hob hier klar hervor, dass es in Österreich dabei einen enormen Aufholbedarf gebe, denn im Laufe der letzten zehn Jahre seien beispielsweise allein in Ostösterreich (Wien, Burgenland und Niederösterreich) 180 Kampfpanzer und Jagdpanzer sowie 190 Stück Fliegerabwehrgeschützen vernichtet und damit die Ausstattung dieser Region mit diesen schweren Waffen auf „Null“ gestellt worden. Der 9. Tag der Wehrpflicht habe der Aufarbeitung der „Migration als Waffe“ gedient. Eindrucksvoll hätten damals die Botschafterinnen von Polen und Lettland sowie der Botschafter von Litauen geschildert, welchen Herausforderungen sich die drei Länder bei der illegalen Migration aus Weißrussland gegenübersehen. Fender stellte hier klar, dass es eine geltende Rechtslage gebe, welche bei illegalen Grenzübertritten im vollen Umfang zur Anwendung gebracht werden müsse, denn sonst schlittere Österreich in eine Situation, welche

niemand wolle, denn „Sozialstaat und offene Grenzen“ könnten auf Dauer nicht funktionieren. Abschließend erfolgte durch Fender noch ein Faktencheck im Angesicht der Zeitenwende 2022, welcher folgendes Ergebnis brachte: Erstens: Der Wehrwille sei der Kern jeder Verteidigungsanstrengung. Der Wehrwille werde durch die Geistige Landesverteidigung in einem besonders hohen Maße beeinflusst. Die Umsetzung von Maßnahmen der Geistigen Landesverteidigung obliege dem Bildungsministerium. In Österreich könne man den Erfolg, ob es gelungen ist, in der Bevölkerung einen hohen Grad an Wehrwillen zu verankern, anhand der Formel 48/11/21 testen. Man habe in Österreich seit Inkrafttreten der Umfassenden Landesverteidigung 48 Jahre Zeit gehabt, die Geistige Landesverteidigung flächendeckend auszurollen (dies sei nur äußerst rudimentär geschehen), das Bildungsministerium habe 11 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung gestellt, um die Geistige Landesverteidigung auch finanziell ins Laufen zu bringen (für Angelegenheiten der Geistigen Landesverteidigung kämen nur marginale Budgetmittel zum Einsatz) und es seien nur 21 Prozent der Österreicher bereit, das Land mit der Waffe zu verteidigen (ein mageres Ergebnis, im Lichte der verfügbaren Zeit und des verfügbaren Geldes). Zweitens: Ohne Wehrpflicht gebe es keine personalstarken Streitkräfte, wel-

che ein Staatsgebiet verteidigen könnten und drittens: Entscheidend sei das Vorhandensein von schweren Waffen und der Bevorratung.

/ Abschließend dankte Fender für die Durchsetzung einer signifikanten Steigerung des Landesverteidigungsbudgets, die Beschlussfassung des Landesverteidigungsfinanzierungsgesetzes und die Ausarbeitung des Aufbauplanes 2032. Er dankte auch den Wehr- und Bereichssprechern und ersuchte sie, bei ihrem politischen Handeln in ihrer parlamentarischen Funktion als Wehr- und Bereichssprecher das Gemeinsame vor das Trennende zu setzen.

/ Als nächster Vortragender stellte der Chef des Generalstabes General Mag. Rudolf Striedinger die militärstrategischen Aspekte des Aufbauplanes 2023 dar. Striedinger begann mit einem Rückblick, indem er klar darlegte, dass mit der Bundesheerreformkommission 2010 und dem Management 2010 das Bundesheer auf seine Auslandseinsätze fokussiert worden sei. Es habe gegolten, brigadestärke Kräfte für den Auslandseinsatz vorzubereiten und als Abfallprodukt habe das Bundesheer auch die militärische Landesverteidigung wahrzunehmen gehabt. Allerdings sei damals beschlossen worden, dass alle Waffengattungen erhalten und Restgrößen für eine mögliche Restrukturierung bestehen bleiben müssten. Jedenfalls sei es damals mit dem Bundesheer abwärts gegangen und am Höhepunkt dieser Abwärtsbewegung sei auch die Wehrpflicht hinterfragt worden. Für Striedinger sei damals klar gewesen, dass das Bundesheer und die Wehrpflicht im Wesentlichen durch den Zivildienst gerettet worden seien. Erst mit der Entwicklung eines neuen Streitkräfteprofils durch das Projekt „Unser Heer“ sei es dann zum Umdenken mit der 180-Grad-Drehung weg von den Auslandseinsätzen hin zu den Inlandseinsätzen gekommen. Als höchste Ambition einer Einsatzoperation sei die „Schutzoperation“ festgelegt worden und nicht die militärische

Landesverteidigung. Der Aufbauplan 2032 sei daher auch auf die „Schutzoperation“ fokussiert. Die Zeitenwende habe es mit sich gebracht, dass die politische Führung dem Militär wesentlich mehr Geld zuerkannt habe; dafür sei das Militär der Politik unendlich dankbar. Dieses Durchringen ermögliche es nun dem Bundesheer, eine 10-Jahres-Perspektive mit der nötigen Planungstiefe zu verwirklichen. Die deutliche Erhöhung des Verteidigungsbudgets ermögliche es nun innerhalb der nächsten zehn Jahre, 16 Milliarden für Investitionen vorzusehen. Im Zusammenhang mit den Investitionen habe für den Generalstabschef der persönliche Schutz der Soldaten für das Überleben auf dem Gefechtsfeld Priorität. Es müsse sichergestellt werden, dass jeder Soldat über die bestmögliche Schutzausrüstung und Kommunikationsmittel verfüge. Des Weiteren seien jene Wirkmittel zu beschaffen, durch welche der Soldat befähigt werde, sich gegenüber einem Gegner behaupten zu können. Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem investiert werden müsse, sei die Mobilität. Striedinger wies klar darauf hin, dass für ihn als Nachfolgemodell für den Pinzgauer nur ein gehärtetes Fahrzeug in Frage komme, welches genügend Schutz für die Besatzung biete, da in einer Schutzoperation mit dem Auftreten von Gegnern aus allen Himmelsrichtungen gerechnet werden müsse. Ebenfalls sei für eine hohe Beweglichkeit in der Luft Vorsorge zu treffen. Dazu müssten nach Ausscheiden der Hubschrauber des Typs AB 212 die Blackhawk-Flotte nachgerüstet und die Transportmaschinen vom Typ C-130 ersetzt werden. Des Weiteren seien der Eurofighter bis an sein Lebenszeitende weiterzubreiten und die Pilotenausbildung am Jet zu überdenken, etwa durch den Ankauf von Trainingsflugzeugen. Neben der Beweglichkeit in der Luft sei dem Generalstabschef eine deutliche Verbesserung der bodengestützten Fliegerabwehr durch die Lebenszyklusver-

längerung bestehender Systeme und den Zukauf neuer Systeme wichtig, da zurzeit das Bundesheer gerade mal so viel Fliegerabwehrkapazität habe, um nur eine Kaserne schützen zu können. Des Weiteren halte er eine Teilnahme Österreichs am European Skyshield für vorteilhaft. Neben der Mobilität sei aber auch eine Durchhaltefähigkeit des Bundesheeres entscheidend für die Auftragserfüllung in der Schutzoperation. Unter den Schlagworten „Blackout und Resilienz“ würdigen die Kasernen unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsgedankens (= Ökologisierung des Bundesheeres) gehärtet und zu autarken Einrichtungen ausgebaut. Striedinger stellte auch klar, dass die Mobilmachungsstärke von 55.000 zurzeit nicht geändert werde, aber dass von diesen 55.000 dafür jede Soldatin und jeder Soldat bestmöglich ausgestattet werden solle. Ihm sei auch klar, dass dieser Personalrahmen für eine Schutzoperation zu gering bemessen sei, aber es sei zumindest der Anfang vom Wiederaufbau des Bundesheeres. Abschließend gab er noch drei Schwerpunkte für die Arbeit 2023 aus, nämlich, erstens, dass das Heeresbudget voll auszuschöpfen sei, so wie es 2022 mit 99,94 Prozent ausgeschöpft worden sei; dass zweitens, 2023 alle Planungs- und Beschaffungsgrundlagen zu erstellen seien; und drittens, dass auf das Personal ein besonderes Augenmerk gelegt werden müsse, da mit allen Einsätzen der letzten Jahre der Bogen überspannt worden sei und vor allem junges Kaderpersonal durch den Austritt verloren gegangen sei. Bei der Personalgewinnung für laufende Einsätze sei die Miliz ein wichtiger Faktor, da Funktionen in Inlandseinsätzen bereits zu 50 Prozent von Milizsoldaten wahrgenommen werden. Abschließend stellte er klar, dass ihm die Attraktivierung des Soldatenberufes ein großes Anliegen sei und er dabei zunächst alle Maßnahmen durchsetzen werde, welche die Freiwilligkeit bei Meldung zum Dienst beim Bundesheer

zum Inhalt haben. Sollte es dabei nicht den gewünschten Erfolg geben, werde erst über andere Maßnahmen nachgedacht werden müssen.

/ Den Abschluss des X. Tages der Wehrpflicht bildete ein Podiumsgespräch mit den Wehr- und Bereichssprechern der im Nationalrat vertretenen Parteien. Cibulka begann die Diskussion mit der ersten Fragestellung an alle Abgeordneten, nämlich „Wie ist Ihre politische Einschätzung dazu, ob die materielle Entwicklung des Bundesheeres, wie sie durch die Vorträge skizziert wurde, langfristig treffsicher und ausreichend ist, damit das Bundesheer wieder der Aufgabe militärische Landesverteidigung nachkommen kann?“

/ Douglas Hoyos (NEOS) eröffnete den Reigen der Abgeordneten, dankte für die Einladung und stellte eingangs mit Freude fest, dass bei der aktuellen Diskussion um das Bundesheer alle im Parlament vertretenen Parteien gemeinsam an einem Strang gezogen hätten. Diese Gemeinsamkeit solle seiner Ansicht nach allerdings für eine weitreichendere Bemühung genutzt werden. Nach seiner Ansicht solle die aktuelle Situation auch genutzt werden, um das Bundesheer generell weiterzuentwickeln und parteiübergreifend auch die österreichische Sicherheitsstrategie zu überdenken. Ein weiterer Punkt, der ihm wichtig sei, sei die Geistige Landesverteidigung. Seiner Ansicht nach sei die Bevölkerung durch den aktuellen Krieg besonders sensibilisiert. Diese aktuelle Situation habe auch den politischen Druck bewirkt, das Bundesheer besser auszustatten. Es sei allerdings jetzt auch wichtig, die Situation zu nutzen, um neben den notwendigen Beschaffungen für das Bundesheer rasch etwas zur Stärkung der Geistigen Landesverteidigung zu tun.

/ Mag. Volker Reifenberger (FPÖ) befürwortete, dass das Bundesheer mehr Geld bekomme und dass es den Aufbauplan 2023 gebe. Er verwies ▶

Der Generalstabschef General Mag. Striedinger bei seinem Vortrag





darauf, dass es in Österreich leider Tradition sei, dass erst etwas passieren müsse, damit man sich größere Investitionen beim Bundesheer leiste. Die an ihn gestellte Frage beantwortete er allerdings mit einem klaren „NEIN“, denn die materielle Investition sei nur eine Seite der Medaille und diese Investitionen würden bei weitem nicht ausreichen, um mit dem Bundesheer in den Einsatz gehen zu können, da auch die Berufs- und Milizsoldaten fehlen würden, welche die beschafften neuen Waffen bedienen sollen. Die Lage werde nur noch verschärft, wenn heute in ein falsches System viel Geld ausgegeben werde. Wenn ein Bundesheer gewollt werde, welches wieder in der Lage sei, den Auftrag militärische Landesverteidigung zu erfüllen, reiche der Mobilmachungsrahmen der Scheinmiliz mit 55.000 nicht aus, denn das Bundesheer müsse dabei auch nach dem Milizprinzip organisiert werden. Seiner Beurteilung nach sei die Regierung momentan nicht gewillt, die militärische Landesverteidigung umzusetzen und mit den veranschlagten Budgetmitteln sei man weit weg von der Sollvorstellung für eine militärische Landesverteidigung, welche laut den Ausarbeitungen zu „Unser Heer 2030“ bei 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen sollten.

/ Robert Laimer (SPÖ) outete sich als Fan des Dachverbandes, denn nur ein wehrhaftes Österreich habe auf Dauer Bestand. Dem Aufbauplan 2023 und der moderaten Budgeterhöhung stehe er positiv gegenüber. Er sehe allerdings beim Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz einen Wermutstropfen darin, dass das Gesetz nicht auf Verfassungsrang gehoben worden sei. Die SPÖ habe dabei kein Problem gehabt. Wichtig für ihn sei allerdings bei zukünftigen Beschaffungen, dass diese unter höchstmöglicher Transparenz ablaufen. Ferner sei ihm wichtig, dass alle Maßnahmen kein Aufrüsten darstellen, denn dazu seien die eingesetzten Mittel zu gering. Für ihn habe

das Bundesheer in den nächsten Jahren große Herausforderungen zu meistern, etwa die autarken Kasernen, Cybersicherheit und nicht zuletzt die große Personalfuktuation, insbesondere von Absolventen der Heeresunteroffiziersakademie, was ihm große Sorge bereite, da das Bundesheer dadurch nicht mehr „gefechtsbereit“ sein könnte. Ebenso müsse von der Politik die Konkurrenzsituation der Polizei und des Heeres am Arbeitsmarkt ausgeräumt werden, denn es gehe nicht an, dass die Polizei bei der Stellung Werbung betreibe.

/ David Stögmüller (Grüne) gratulierte dem Dachverband für die gelungene Veranstaltung und stellte klar, dass auch die Grünen die Meinung vertreten würden, dass das Bundesheer in Krisenzeiten notwendig und wichtig für die Sicherheit der Bevölkerung sei. Er lobte auch die gute Zusammenarbeit mit dem Generalstab. Besonders wichtig sei ihm, dass die Umfassende Landesverteidigung wiederbelebt werden müsse, da man gesehen habe, dass gerade in Krisenzeiten bei der wirtschaftlichen Landesverteidigung die Bevorratung schlecht bis gar nicht funktioniert habe. Wichtig sei ihm auch die Geistige Landesverteidigung. Besonders hob er in seiner Wortmeldung hervor, dass das Bundesheer ein attraktiver Arbeitgeber werden müsse, denn dies sei die beste Visitenkarte für das Heer.

/ Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP) unterstrich aus politischer Sicht alles das, was der Generalstabschef zum Aufbauplan vorgetragen hatte. Er zeigte sich besonders stolz dafür, was man in der Regierung erreicht habe und bezeichnete das Erreichte als wahren Meilenstein in der Verteidigungspolitik. Er verwies auch darauf, dass man sich mit zu großen Forderungen nicht blockieren solle, sondern dass nun mit den beschlossenen Mitteln das Beste herausgeholt werden müsse. Ausgaben im militärischen Bereich sollen immer im geopolitischen Kontext gesehen werden. In der Bevölkerung sei über

die Jahre hinweg das Bewusstsein für Bedrohungslagen verlorengegangen. Die Herausforderung für die nächste Zukunft werde es sein, dass man ohne Angst- und Panikmache die Bedrohungsszenarien wieder den Menschen zum Bewusstsein bringe. Und auch die Neutralität mit dem Bedeutungsinhalt, dass sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigt werden müsse, habe wieder in den Vordergrund zu rücken. Dazu müssten die Geistige Landesverteidigung und der Wehrwille im Sinne „wer verteidigt überhaupt“ gestärkt werden. Gefordert dabei seien in erster Linie die Schulen. Zur Fortbildung der Direktoren und Lehrer biete sich hierzu der Strategische Führungslehrgang an.

/ Cibulka läutete die zweite Frageunde mit einem Dauerbrenner des Dachverbandes ein, indem er klar zum Ausdruck brachte, dass es bislang keinen Konsens bei der Wiedereinführung von verpflichtenden Truppenübungen gebe. Es sei daher für ihn wichtig, in der zweiten Fragerunde auszuloten, ob es in Zukunft eine Chance für eine Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen geben könne.

/ Ofenauer sieht diese Frage als ein Grundproblem der Personalgewinnung. Der Begriff Pflicht oder Verpflichtung habe sich seiner Meinung nach im Laufe der Zeit stark gewandelt. Heute gehe es darum, wie man Menschen motivieren könne, dass sie etwas tun. Dies könne durch einen Geldanreiz, durch eine gesetzliche Verpflichtung, aber auch durch die Attraktivität als Dienstgeber herbeigeführt werden. Da die Wiedereinführung der gesetzlichen Verpflichtung zu Truppenübungen nicht im Regierungsprogramm stehe, sei sie auch kein Gegenstand der Regierungsarbeit. Es müsse daher durch Geldleistungen und Attraktivierung des Dienstgebers möglich sein, dass man hier zum Erfolg komme. Er glaube auch, dass sich letztlich beim Vorhandensein von moderner Bewaffnung mehr Soldaten zu Truppenübungen melden würden.

Stögmüller stellte einleitend die Frage „Zeigen Sie mir ein Unternehmen, welches aktuell keinen Facharbeitermangel hat?“ Das Bundesheer habe den großen Vorteil, dass knapp 50 Prozent der männlichen Jugend in Kasernen einrücken. Aber es gelinge dem Bundesheer offensichtlich nicht, ein so attraktiver Arbeitgeber zu sein, dass diese Jugendlichen sagen, sie wollen freiwillig länger bleiben. Im Grundwehrdienst solle ein Jugendlicher zu einem fast fertig ausgebildeten Soldaten werden, in der Miliz solle diese Ausbildung abgeschlossen werden. Was beim Bundesheer dringend gebraucht werde, sei eine sinnstiftende Arbeit. Er stelle klar, dass er kein Befürworter des 6+2 Systems sei, da dies zwangsweise eine Verlängerung des Zivildienstes nach sich ziehen würde. Es müsse daher mit der Freiwilligkeit versucht werden und erst wenn es nicht funktioniert, müsse man im Konsens der Wehrsprecher eine andere Lösung andeuten.

/ Laimer sieht im Zuge der Zeitenwende auch eine Notwendigkeit, dass die Gesellschaft resilienter aufgebaut werden müsse und ein starker Staat benötigt werde. Nachdem es neben dem Wehrdienst auch den Zivildienst gebe, wäre es auch an der Zeit, darüber nachzudenken, ob man nicht auch beim Zivildienst eine Miliz einführen solle. Er schloss seine Wortmeldung mit einer Begegnung anlässlich der Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes ab. Ein junger Mann habe sich an ihn gewandt und ihm erzählt, dass im Zuge eines Bewerbungsgesprächs bei der Nationalbank ihm zur Last gelegt worden sei, dass er Milizoffizier sei. Nach seiner Meinung dürfe es dies in staatlichen Institutionen nicht geben. Wenn derartige Vorgänge Schule machten, bräuchte man über Freiwilligkeit überhaupt nicht mehr reden. Er orte dabei ein Mentalitätsproblem, zu dessen Lösung die Politik gefragt sei.

/ Reifenberger stellte klar, dass ihm als einziger Milizoffizier unter den Wehrsprechern die ausführliche Be-



Das Podium mit den Wehrsprechern

antwortung dieser Frage ein Herzensanliegen sei. Er sehe große Defizite bei der Umsetzung des verfassungsmäßig vorzusehenden Milizsystems. Die Realität und Praxis sehen nämlich so aus, dass es de facto ein Berufsheer gebe, welches sich billiger Grundwehrdiener bediene. Die Miliz, welche Ende der 1990er Jahre mutwillig durch den damaligen Bundesminister Günther Platter durch die Abschaffung der verpflichtenden Truppenübungen als billiges Wahlzuckerl ruiniert worden sei, führe nun dazu, dass Grundwehrdiener zu kurz ausgebildet und danach in den zivilen Ruhestand geschickt werden. In der Realität seien von den 55.000 Personen des Mobilmachungsrahmens rund 35.000 Milizsoldaten. Die Hälfte davon seien befristet beorderte Soldaten, welche niemals regelmäßig üben. Reifenberger bestärkte, dass er als Milizoffizier noch nie einen befristet beordneten Soldaten bei einer Übung gesehen habe. Nach seiner Erfahrung gebe es nur mehr den Altbestand an Milizpersonal, die befristet beordneten Soldaten und einige wenige verpflichtete ehemalige Soldaten aus Kaderpräsenzeinheiten. Für Reifenberger ergebe sich daraus der Schluss, dass die Miliz in ein paar Jahren ausgestorben sein werde, wenn so weitergemacht werde wie bislang. Er könne daher mit dem Freiwilligensystem nicht mitgehen und stellte klar, dass die FPÖ die Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen fordere. Parallel dazu müsse allerdings auch ein Milizsystem

für den Zivildienst angedacht werden, um den Zivildienst nicht attraktiver gegenüber der Wehrpflicht dastehen zu lassen. Diese spezielle Miliz könne dann in Krisen eingesetzt werden, wo in der aktuellen Krise das Bundesheer in einer artfremden Rolle eingesetzt werden müsste. Ein weiteres Manko des Einsatzes von Grundwehrdienern liege im Assistenzeneinsatz an der Staatsgrenze, welcher eher eine Art Eskortservice für Migranten sei als ein wirkungsvoller Grenzschutz.

/ Hoyos stellte klar, dass die NEOS in budgetären Fragen oft den Konsens gesucht haben. Lediglich in der Bildung und beim Bundesheer haben sie immer mehr Geld gefordert. Das Freiwilligensystem sei für Hoyos zwar gut, aber es funktioniere nicht. Damit seien alle Maßnahmen eine reine Geldverschwendung. Seiner Meinung nach solle man andere Modelle andeuten, etwa einen Anreiz mit steuerlichen Erleichterungen oder leichtere Zugangsmodalitäten zum Studium. Des Weiteren müsse das Ansehen des Soldaten angehoben werden, denn es könne nicht sein, dass Zivildienstler ein höheres Ansehen haben. Um den Wert des Berufes des Soldaten bekannter zu machen, müsse man Schulen, den ORF etc. in Kasernen einladen.

/ Nach der Zusammenfassung der Ergebnisse des X. Tages der Wehrpflicht durch Cibulka endete diese Veranstaltung mit dem Absingen der Bundeshymne durch alle Anwesenden. (Chefred. Der Offizier) ✘

# Die Einsatzbereitschaft der Miliz – Ein Bericht des Rechnungshofes

Der Rechnungshof überprüfte von Oktober bis Dezember 2021 beim Bundesministerium für Landesverteidigung die Einsatzbereitschaft der Miliz sowie die Teilmobilmachung des Österreichischen Bundesheeres im Jahr 2020. Ziele der Gebarungsprüfung waren insbesondere die Darstellung und Beurteilung der Miliz im Gesamtsystem der Landesverteidigung sowie die vom 4. Mai 2020 bis 31. Juli 2020 durchgeführte Teilmobilmachung im Rahmen der COVID-19-Pandemie. Der überprüfte Zeitraum umfasste im Wesentlichen die Jahre 2017 bis 2020, wobei der Rechnungshof in Einzelfällen auch die Jahre davor sowie das erste Halbjahr 2021 berücksichtigte. Nach dem erfolgten Stellungnahmeverfahren veröffentlichte der Rechnungshof seinen Bericht im Dezember 2022. Siehe: [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/005.014\\_Miliz.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/005.014_Miliz.pdf)

Der Offizier zitiert aus dem Bericht einige Passagen, welche nicht gerade ein günstiges Bild von der Einsatzfähigkeit der Miliz abgeben. Das Bundesheer besteht aus präsenten Kräften und der Miliz, also Kräften, die im Einsatzfall mobilgemacht werden können. Aufgabe der Miliz ist die Unterstützung der präsenten Kräfte bei Einsätzen zur militärischen Landesverteidigung, bei sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsätzen und bei Einsätzen zur Katastrophenhilfe. Die Soll-Gesamteinsatzstärke des Bundesheeres liegt bei 55.000 Soldatinnen und Soldaten, wobei mit Stand Ende Juni 2021 die Miliz 64 Prozent der Gesamtstärke ausmachte. Die Miliz gliederte sich zur Erfüllung der Aufgaben in die drei Teilbereiche Milizanteil (62 %), selbstständig strukturierte Miliz (37 %) und Experten (1 %) (Struktur). Die Kosten für die Miliz betragen zuletzt knapp 156 Mio. Euro. Das waren etwa 6 Prozent des Heeresbudgets.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung befand sich während der Gebarungsprüfung in einem laufenden Reorganisationsprozess der Zentralstelle und Kommanden der oberen militärischen Führung. Somit waren wesentliche Projekte zur Weiterentwicklung der

Struktur des Bundesheeres und der Miliz offen. Jedenfalls sah das Ministerium den Handlungsbedarf zur Reform „Unser Heer“ durch negative Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres gegeben; diesen negativen Auswirkungen lagen neben finanziellen Aspekten auch mehrere begonnene, aber letztlich nicht zu Ende geführte Reformen zugrunde. Der Rechnungshof hob daher die Bedeutung hervor, die der Abschluss und die Umsetzung der Reformprojekte hatten – auch hinsichtlich seiner Empfehlungen zu Strukturproblemen, Personalmangel und fehlendem Material.

Zwischen der selbstständig strukturierten Miliz und der Präsenzorganisation gab es personelle Verschränkungen. Bei einer Verstärkung der Leistungsfähigkeit der Miliz muss daher gleichzeitig die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Präsenzorganisation sichergestellt sein, sodass es zu keinen Qualitätseinbußen bei der Aufgabenerfüllung kommt.

Bis Ende 2005 dauerte der Grundwehrdienst acht Monate; er konnte in einem absolviert werden oder aufgeteilt auf sechs Monate plus zwei Monate Milizübungen. Seit 2006 betrug die Dauer des Grundwehrdienstes sechs Monate. Milizübungen fanden auf freiwilliger Basis statt. Aus Sicht des Ministeriums wäre eine Rückkehr zum achtmonatigen Grundwehrdienst mit verpflichtenden Milizübungen notwendig, damit das Bundesheer seine verfassungsmäßigen Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung voll erfüllen und auf neue Bedrohungen wirksam reagieren kann.

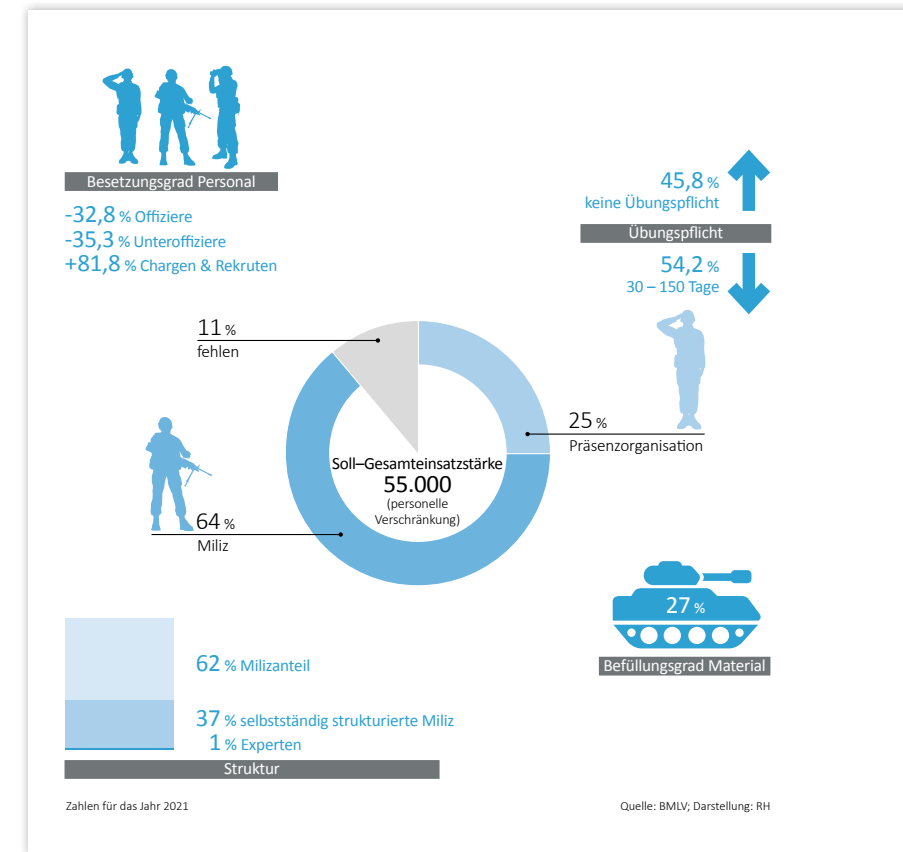
Die Miliz war von Personalmangel betroffen. Es gab eine beträchtliche Abweichung zum Soll-Stand bei den Offizieren (Miliz) in Höhe von 32,8 Prozent und Unteroffizieren (Miliz) in Höhe von 35,3 Prozent. Nur rund 54 Prozent des Milizpersonals waren übungspflichtig. Dies wirkte sich negativ auf die Übungsfähigkeit der Miliz wie auch auf die Einsatzbereitschaft im Falle einer Mobilmachung aus. Das war auch auf Probleme bei der materiellen Ausstattung der Miliz zurückzuführen. Der Milizbeauftragte wies in den Jahresberichten 2017 bis 2020 wiederholt darauf hin, dass

die materielle Einsatzbereitschaft der Miliz nicht gegeben war. Der materielle Befüllungsgrad der Miliz lag im Jahr 2021 bei rund 27 Prozent.

Die Miliz trägt als integraler Bestandteil des Bundesheeres zur Erfüllung aller Einsatzaufgaben bei. Dies betrifft insbesondere die Inlandsaufgaben des Bundesheeres – dazu zählen die militärische Landesverteidigung, sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsätze und Katastrophenhilfe –, die einen hohen Personaleinsatz über einen längeren Zeitraum benötigen. Darüber hinaus beteiligt sich die Miliz auf freiwilliger Basis an Auslandseinsätzen. Die Miliz stellte in den Jahren 2017 bis 2020 bei Inlands- wie auch bei Auslandseinsätzen durchschnittlich rund ein Viertel des Personals.

Das Ministerium führte mit dem Einrückungstermin Oktober 2020 das Modell „Mein Dienst für Österreich“ ein. Ziel des Modells war es, ab dem zweiten Quartal 2021 keine Grundwehrdiener mehr für den sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz Migration einzusetzen, den Grundwehrdienst zu attraktivieren und eine uneingeschränkte Beorderung in die Einsatzorganisation zu ermöglichen. Mit finanziellen Anreizen sollten Grundwehrdiener nach der Grundausbildung zu Einsätzen im Assistenzdienst und bei der Miliz bewogen werden. Etwas mehr als 4 Prozent der Grundwehrdiener meldeten sich für einen Assistenzeinsatz; zur Milizkaderausbildung meldeten sich 0,35 Prozent. Obwohl keine Grundwehrdiener im sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz Migration mehr eingesetzt werden sollten, stellten diese mit Stand 9. November 2021 rd. 32 Prozent (385 Grundwehrdiener) der im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten.

Für Wehrpflichtige des Milizstandes wie auch für Frauen in Miliztätigkeit bestanden infolge der Präsenzdienstleistung arbeits- und sozialrechtliche Nachteile, die die Personalgewinnung langfristig hemmen könnten. So konnten sich Pensionsnachteile aus der pauschalen Bemessungsgrundlage ergeben, ebenso wie Verluste bei Kinderbetreuungsgeld und Familien-



zeitbonus durch die Präsenzdienstleistung; auch wurden Präsenzdienstzeiten beim besonderen Ausgleichszulagenrichtsatz der Mindestpension nicht berücksichtigt.

Die Angelegenheiten der Miliz fielen in der Zentralstelle des Ministeriums in die Zuständigkeit mehrerer Sektionen und Abteilungen, ohne dass es eine steuernde und koordinierende Stelle gab. Dies führte in Bezug auf die Miliz zu einem wenig abgestimmten Vorgehen. Im Jahr 2021 leitete das Ministerium einen Reorganisationsprozess der Zentralstelle ein, der zur Zeit der Gebarungsprüfung noch nicht abgeschlossen war. Eine für die Miliz zuständige, steuernde Stelle war auch nach dem Reorganisationsprozess nicht vorgesehen.

Im Zuge der Teilmobilmachung verzichtete das Ministerium auf wesentliche Bedingungen für einen reibungslosen Ablauf der Mobilmachung, wie die verpflichtende vorgestaffelte Einberufung des Mobilmachungsschlüsselpersonals und die Einberufung nach Truppennummern. Dies führte zu aufwändigen und nicht notwendigen Verfahrensschritten. Trotz der Ergänzungen durch Personal aus der Präsenzorganisation wurde bei keiner der angebotenen Milizeinheiten das Soll von 172 Soldatinnen und Soldaten erreicht. Insgesamt lag der Befüllungsgrad aller 13 Milizkompanien unter 60 Prozent. ❌



# Luftverteidigung

Von Generalmajor in Ruhe Mag. Karl Gruber

Die Kämpfe in den Bergen Armeniens und in den Ebenen des Donbass zeigten, dass Landstreitkräfte ohne Fliegerabwehr schwere Verluste erleiden und ihre taktische Handlungsfähigkeit verlieren. Sie belegten auch, dass sich das Aufgabenspektrum der Luftverteidigung auf die Abwehr von Drohnen und ballistischen Flugkörpern erweitert hat.

/ Die Luftverteidigung stellt in Österreich ein weitgehend brachliegendes Aufgabenfeld dar, das immer wieder zum Spielball der Tagespolitik wurde. Im Gegensatz zu Schweden und zur Schweiz wurden deshalb keine Luftverteidigungsstrukturen geschaffen. Weitreichende Lenkwaffen wurden nie eingeführt. Die FIA-Verbände verringerten sich mit jeder Reform. Mit der letzten Straffung der Strukturen verblieb ein einziges Bataillon als „Rekonstruktionskern“.

/ Das Überwachungsgeschwader musste lange mit einem Jet-Trainer das Auslangen finden. Ab 1990 verfügte es mit dem Draken über ein angemessenes Einsatzmittel, das sich in den langen Jahren des Zerfalls Jugoslawiens bewährte. Seit 2007 steht mit dem Eurofighter Typhoon zwar ein modernes Jagdflugzeug zur Verfügung, die Zahl der Flugzeuge und Piloten ist aber zu gering für Luftverteidigungsaufgaben und dem System fehlen wesentliche Leistungsmerkmale der 4. Generation.

/ Im Bereich des Luftraumbeobachtungssystems wurde nachgerüstet. Mit dem System Goldhaube setzten die Luftstreitkräfte immer wieder internationale Maßstäbe im Bereich der angewandten Technologie. Doch es gibt keine Luftverteidigungsverbände mehr, die man aus der hochmodernen Einsatzzentrale führen könnte.

/ Das österreichische Bundesheer wird sich beim Aufbau eines neuen Luftverteidigungssystems daher mit einem großen Nachholbedarf und mit einer komplexen Systemarchitektur auseinandersetzen müssen. Es wird bei der Beschaffungsplanung um folgende Fragestellungen gehen:

1. Gegen welche Art der Bedrohung soll das Luftverteidigungssystem wirksam werden?
2. Welche operative Aufgabenstellungen soll es erfüllen?
3. Wie sollen die einzelnen Systemkomponenten miteinander vernetzt werden, um als „Fighting System“ eine optimale Wirkung zu erzielen?
4. Wie soll die längerfristige Überlebensfähigkeit des Luftverteidigungssystems sichergestellt werden?

In Hinblick auf die Bedrohung ist zwischen mehreren Arten von Luftangriffsoperationen zu unterscheiden.

- Einsatz von kleinen Drohnen für terroristische oder aktionistische Zwecke oder im Rahmen hybrider Kriegsführung. Als Angriffsziele kommen hochrangige politische Veranstaltungen oder öffentliche Großveranstaltungen mit hohen Zuschauerzahlen in Frage. Im Rahmen **hybrider Kriegsführung** kann auch die strategische Infrastruktur zum Angriffsziel von Kleindrohnenschwärmen werden, wie Flughäfen, Umspannwerke oder Raffinerien.
- Angriffe im Rahmen der **Luftnahunterstützung** gegen Truppen auf dem Gefechtsfeld. Diese haben eine kurzfristige taktische Zielsetzung und erfolgten bisher durch Kampfhubschrauber, Schlachtflugzeuge oder Jagdbomber. In den aktuellen Konflikträumen spielen Drohnen-Reichweiten eine immer größere Rolle. Es kann sich dabei um „Kamikazedrohnen“ handeln, um ferngesteuerte Flugkörper mit panzerbrechenden Abwurfaffen, oder auch um kamerabestückte Drohnen, die ein präzises Feuer der weitreichenden Artillerie ermöglichen und dadurch noch gefährlicher sind.
- Angriffe im Rahmen der **operativen Abriegelung** gegen Bereitstellungsräume in der Tiefe, logistische Einrichtungen der Streitkräfte oder Häfen und Brücken, die für die Bereitstellung von Kräften von Bedeutung sind. Sie

haben mittelfristige operative Zielsetzungen und werden viel später auf dem Gefechtsfeld wirksam als die Luftnahunterstützung. Sie erfolgen durch Jagdbomber, Bomber, Marschflugkörper oder ballistische Raketen mittlerer Reichweite. Immer öfter kommen dabei auch Drohnen großer Reichweite zum Einsatz.

- Angriffe im Rahmen des **offensiven Kampfes gegen die feindlichen Luftstreitkräfte**, welche Einsatzflugplätze, Radarstationen und Fliegerabwehrstellungen zum Ziel haben. Dabei kommen die gleichen Systeme zum Einsatz wie für die operative Abriegelung.
- Angriffe im Rahmen des **Strategischen Luftkrieges**, die bei kurzfristiger Zielsetzung die Ausschaltung staatlicher Führungs- und Kommunikationseinrichtungen bezwecken. Bei mittel- bis langfristiger Zielsetzung wird vor allem die Infrastruktur eines Staates und seine Rüstungsindustrie zum Ziel. Aber auch zivile Einrichtungen können betroffen sein, wenn der strategische Luftkrieg terroristischen Charakter annimmt und auf das Brechen des Widerstandswillens eines Volkes ausgerichtet ist. Im strategischen Luftkrieg kommen zusätzlich zu den bereits angeführten Trägersystemen auch weitreichende Ballistische Raketen zum Einsatz.

Auch wenn Österreich gar nicht am Boden in einen Konflikt verwickelt ist, kann es zum Ziel von weitreichenden Luftangriffen werden, wenn zumindest eine Konfliktpartei unseren Neutralitätsstatus nicht anerkennen will. Das Mittragen von Wirtschaftssanktionen oder die Durchfahrtsgenehmigung für Materiallieferungen kann dann schon als Argument genügen. Die Energieinfrastruktur kann dann zum erpresserischen Angriffsziel werden, und sei es nur durch Kleindrohnen im „hybriden Einsatz“, für den meistens niemand die Verantwortung übernimmt. Die Angriffe können sich auch gegen die Luftstreitkräfte richten, um die Nutzung des neutralen Luftraumes durch Drohnen oder Marschflugkörper zu erleichtern.



© ARCHIV AUTOR

## KURZER LEBENS LAUF

geboren 22.11.1955 in Wien

TherMilAk 1974–1978  
Ausbildung zum Einsatzpiloten OH 58 1978–1979,  
anschließend Verwendung bei der 3. Staffel/HSGschw 1

1981 bis 1982 Staffelkommandant  
1982–1985 Generalstabslehrgang  
1985–1987 Referent Luftverteidigung und StvKdt EZ-Luft beim AK/GL  
1987–1988 Leiter der Luftraumüberwachungszentrale  
1988–1999 Chef des Stabes Kdo LRÜ  
1999–2006 Kommandant LRÜ  
2006–2016 Leiter Teilstab Luft im SKFüKdo  
2016–2018 Kommandant LuSK

Auslandsausbildungen am NATO Defence College  
in Rom und am Catedra Alfredo Kindelan in Madrid.

In derartigen Anlassfällen hätte es das österreichische Bundesheer nicht mehr mit jener Form von Luftraumüberwachung zu tun, die über Jahrzehnte hinweg Denkgrundlage der politischen Führung, Planungsgrundlage des Verteidigungsministeriums und Übungsthema der Streitkräfte war. Die Abwehr von Drohnen- und Raketenangriffen erfordert andere Einsatzmittel als der Luftpolizeidienst gegen unbewaffnete und weitgehend „kooperierende“ Transportflugzeuge oder das Begleiten von Kampfflugzeugen, deren Piloten desertieren und in Österreich Schutz suchen. In Zukunft werden mehr Abfangjäger mit voller Bewaffnung und allen elektronischen Selbstschutz- ➤

Ein österreichischer TYPHOON in einem britischen Shelter



einrichtungen gebraucht. Eine Minimalzahl abgespeckter „LRÜ-Flugzeuge“ oder unterschallschneller Trainer wird nicht mehr genügen, um Raketen, Drohnen und Marschflugkörper abzuwehren.

/ Luftverteidigungskräfte können unterschiedliche operative Aufgabenstellungen erfüllen. Im **Eventschutz** geht es darum, Veranstaltungsorte oder gefährdete Anlagen gegen hybride Angriffe mit Kleindrohnen zu schützen. Dazu sind Drohnenabwehrsysteme kurzer Reichweite erforderlich. Diese sollen nicht nur dazu in der Lage sein, anfliegende Drohnen zu zerstören. In einem dicht bewohnten Umfeld muss es auch möglich sein, das Leitsystem der Drohne zu stören oder ihren Piloten zu lokalisieren und festzunehmen.

/ Im **Taktischen Raumschutz** werden vor allem bewegliche FIA-Einheiten des Heeres mit kurzer Reichweite eingesetzt, um gegen Kampfhubschrauber, Jagdbomber und Drohnen wirksam zu werden. Ihr Einsatz richtet sich gegen die Luftnahunterstützung und hat zum Ziel, die taktische Handlungsfreiheit der Bodentruppe zu wahren.

/ Im **Operativen Raumschutz** kommen Abfangjäger und FIA-Verbände mit Lenkwaffen mittlerer Reichweite zum Einsatz. Ihr Einsatz richtet sich gegen die Operative Abriegelung und schützt Schlüsselobjekte in der Tiefe und Einsatzflugplätze gegen Luftangriffe. Im Nahbereich der Schutzobjekte sind zur Verdichtung auch Systeme kurzer Reichweite erforderlich. Dazu können, wenn Bodentruppen nicht bedroht sind, auch die FIA-Einheiten der LaSK eingesetzt werden. Zur Abwehr von tieffliegenden Marschflugkörpern sind derzeit nur entspre-

chend bewaffnete Abfangjäger geeignet. Sie erfassen und bekämpfen diese Ziele von oben.

/ Im **Strategischen Raumschutz** kommen Abfangjäger und Fliegerabwehrverbände mit großer Reichweite zum Einsatz. Zumindest ein Teil der dafür eingesetzten Systeme sollte auch für die Abwehr weitreichender ballistischer Raketen geeignet sein. Sie werden aber nur dann rechtzeitig zum Einsatz kommen, wenn eine überregionale Einbindung in ein europäisches **Ballistic Missile Defence System** gegeben ist.

/ Im Frieden und in Krisenfällen stellen die Luftverteidigungskräfte die **Luftraumüberwachung** sicher, um die staatliche Lufthoheit zu wahren, Veranstaltungen zu schützen und die Neutralität durchzusetzen. Dieses „Air Policing“ ist nach internationaler Einschätzung nur eine Teilaufgabe der Luftstreitkräfte. In Österreich hingegen wurde die aktive Luftraumüberwachung zur strukturbildenden Hauptaufgabe erklärt. Dies wird sich ändern müssen.

/ Die Luftverteidigung hat eine direkte und eine indirekte Wirkung. Direkt wirkt sie durch den Abschuss von Flugobjekten oder dadurch, dass sie den Angreifer dazu zwingt, sein Vorhaben abzuberechnen, was als „Mission Kill“ bezeichnet wird. Indirekt wirkt die Luftverteidigung durch ihre Präsenz im angegriffenen Luftraum. Sie zwingt den Feind zu ineffizienten Angriffsverfahren, um hohe Verluste zu vermeiden. Idealerweise verfügt ein Luftverteidigungsverbund sowohl über Abfangjäger als auch über Lenkwaffen unterschiedlicher Reichweite und mit unterschiedlichen Suchköpfen. Dadurch steigt das Verlustrisiko des Angreifers noch weiter und zwingt ihn, einen großen Teil seiner Einsatzmittel zur Ausschaltung der

Fliegerabwehr und zum Begleitschutz gegen Abfangjäger zu verwenden. Dadurch verbleiben weniger Flugzeuge, die ihre Waffen auf die eigentlichen Angriffsziele richten.

/ Um diesen Effekt zu erreichen, ist es unabdingbar, alle Luftverteidigungssysteme zu vernetzen und zentral zu führen, egal bei welcher Teilstreitkraft sie eingegliedert sind. Damit wird jeder Sensor im Verbund genutzt. Das LRÜ-System stellt die erforderlichen Datenübertragungseinrichtungen, Rechenzentren und Kontrollzentren bereit und ist für den taktischen Führungsprozess verantwortlich. Dieser führt von der Zielerfassung über die Identifizierung und Klassifizierung der Flugziele bis zum Feuerbefehl an das Waffensystem mit der besten Wirkungserwartung. Er kann auch den Verzicht auf einen Raketenstart beinhalten, wenn die Berechnung ergibt, dass nur unbewohntes Gebiet bedroht ist. Auf diese Weise kann die Verschwendung teurer Lenkwaffen hintangehalten werden. Der Führungsprozess stellt darüber hinaus sicher, dass keine Zivilflugzeuge oder eigene Militärmaschinen bekämpft werden.

/ Das Luftverteidigungssystem kann seine Aufgaben nur dann nachhaltig erfüllen, wenn seine Überlebensfähigkeit gewährleistet ist. Für die Radarsensoren und FIA-Einheiten bedeutet dies einen hohen Grad an Beweglichkeit, um der Truppe auf dem Boden zu folgen oder laufend Wechselstellungen zu beziehen. Das Führungs-

system braucht ein redundantes Kommunikationsnetz, mobile Kontrollzentren und verbundene Rechenzentren.

/ Für Abfangjäger und ihre Betriebsinfrastruktur stehen drei Schutzmöglichkeiten zur Verfügung. Eine besteht in der Härtung der Einsatzflugplätze durch Shelter für Flugzeuge und betriebswichtiges Gerät.

/ Die zweite Möglichkeit ist die Errichtung unterirdischer Flugplätze nach dem Vorbild der Schweiz. Oder man geht den finnischen und schwedischen Weg und verlegt den Einsatzflugbetrieb auf Straßenpisten.

/ Das Road Base System ist die kostengünstigste Variante. Mit einem derartigen Verfahren hat die ukrainische Luftwaffe im Februar 2022 die ersten russischen Angriffswellen überstanden.

/ Die angeführten Fragen werden die Planer des Verteidigungsministeriums in den nächsten Jahren beschäftigen. Das Finanzministerium wird mit einem hohen Budgetbedarf für die Einführung der Systeme und ihren dauerhaften Betrieb konfrontiert sein. Auch das Bundeskanzleramt wird in seiner Verantwortung für die Attraktivierung des Bundesheeres als Arbeitgeber gefordert sein. Ohne hoch bewertete Arbeitsplätze und angemessene Zulagen wird es unmöglich sein, auf dem angespannten Arbeitsmarkt die für komplexe High-Tech-Systeme der Luftverteidigung erforderlichen Fachkräfte zu gewinnen und auf Dauer zu halten. ❌



Ein schwedischer GRIPEN startet von einer Road Base.



# Auslandseinsätze des Bundesheeres

## Zahlen, Daten, Fakten

**O**ber Friedenssicherung, humanitäre Hilfe oder Katastrophenhilfe: Das Österreichische Bundesheer hilft auch im Ausland, wo es kann. Hunderte Soldaten stehen Tag für Tag im Dienste des Friedens, jährlich sind es Tausende. Auf dieser Seite finden Sie eine Übersicht über alle Auslands-Engagements, an denen sich österreichische Friedensstifter derzeit beteiligen. ✕



Einsatzgebiet	Hauptquartier	Soldaten im Einsatz	Aufgabe
Bosnien und Herzegowina EUFOR-ALTHEA, European Force Operation Althea	Sarajevo	284	Die Stabilisierung der militärischen Aspekte des Friedensabkommens von Paris und die permanente militärische Präsenz, um eine neuerliche Gefährdung des Friedens zu verhindern
Kosovo KFOR, Kosovo International Security Force	Pristina	304	Aufrechterhaltung der Sicherheit im Kosovo auf Basis der UN-Resolution 1244 (1999), u. a. durch Überwachungs- und Sicherungsaufgaben
Libanon UNIFIL, United Nations Interim Forces in Lebanon	Naqura	172	Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung. Der Einsatz im Libanon basiert auf den UN-Resolutionen 425 (1978), 426 (1978) und 1701 (2006).
Moldawien OSCE, Moldava	Kischinau	7	Sichern und Verwahren alter Waffenbestände
West-Sahara MINURSO, Mision de las Naciones Unidas para el Referendum en el Sahara Occidental	Laayoune	4	Überwachung des Waffenstillstandsabkommens etc. auf Basis der UN-Resolutionen 690 (1991) und 1359 (2001)
Mali EUTM, European Union Training Mission Mali	Bamako	3	Multinationale Ausbildungsmission der Europäischen Union
Mali MINUSMA, United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali	Bamako	2	UN-Mission zur Stabilisierung Malis
Mittelmeer EUNAVFOR MED Op IRINI	Rom	5	EU-Operation gegen Schleuserkriminalität
Zypern UNFICYP, United Nations Peace-keeping Force in Cyprus	Nicosia	3	Verhindern des Wiederaufflammens von Kampfhandlungen zwischen den Volksgruppen durch Präsenz innerhalb der Pufferzone auf Basis der UN-Resolution 186 (1964)
Naher Osten UNTSO, United Nations Truce Supervision Organisation	Government House Jerusalem	4	Friedenserhaltung auf Basis der UN-Resolutionen 48 (1948), 50 (1948) und 73 (1949)
Georgien EUMM, European Union Monitoring Mission	Tiflis	4	Seit Oktober 2008 entsendet die EU nach Beschluss der EU-Außenminister vom 15. September 2008 eine Beobachtermission nach Georgien. Aufgabe der Mission ist es, die Einhaltung des Waffenstillstands zwischen Georgien und Russland zu überwachen.
Mosambik EUTM, European Union Training Mission Mozambique	Maputo	1	EU-Mission zur Bewältigung der Krise in der Provinz Cabo Delgado

QUELLE BMLV; STAND: NOVEMBER 2022

# Geopolitische Gedankensplitter für die nächsten Dekaden

**D**ie wissenschaftliche Teildisziplin „Geopolitik“ ist eine noch recht junge Disziplin, welche von mehreren Mutterwissenschaften beforcht wird. Eine vertiefende Betrachtung der Historie dieser Disziplin möchte ich aus Platzgründen bewusst ausblenden, jedoch nicht unerwähnt lassen, dass im deutschsprachigen Raum der bayrische Generalmajor und spätere habilitierte Professor an der Universität München Karl Haushofer (1869–1946) sich Verdienste um die Entwicklung der Lehrmeinung zur Wechselwirkung zwischen der Geografie und der Geschichte erworben hat, jedoch sein Gedankengebäude von den damaligen nationalsozialistischen Machthabern im Deutschen Reich für ihre politischen Zwecke missbraucht wurde.

/ Heute wird geopolitisches Handeln von Staaten dahingehend verstanden, dass durch die Geopolitik die Staaten versuchen, ihre Interessen und Bedürfnisse, die sie auf ihrem Territorium nicht befriedigen können, außerhalb ihres Territoriums durchzusetzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass große Staaten, insbesondere dabei die Supermächte, andere Bedürfnisse haben als mittelgroße oder kleinere Staaten, welchen es in erster Linie um das sichere und friedliche Leben auf ihrem Kontinent geht. Demgegenüber versuchen große Staaten und Supermächte, ihre Außenpolitik auf der gesamten Erde (= Geo-; aus dem Griechischen kommend (γῆ „Erde“), eine Vorsilbe mit Bezug auf die Erde) wirken zu lassen, also wirkliche „Geopolitik“ zu betreiben. **Die großen Staaten haben grundsätzlich nur Interessen. Bei der Durchsetzung dieser Interessen spielt für sie realpolitisch die Einhaltung von Menschenrechten und der Demokratie kaum bis keine Rolle.**

/ Aufgrund der Entwicklung der letzten 150 Jahre haben die ehemaligen europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich durch den Verlust ihres Kolonialreiches sehr stark an weltweiter Bedeutung eingebüßt und sind de facto nur mehr zu europäischen

Großmächten herabgestuft worden. Mit dem Sieg in beiden Weltkriegen und dem Zerfall der Sowjetunion gegen Ende der 1980er Jahre sind die Vereinigten Staaten von Amerika als alleinige Supermacht übriggeblieben und dies schuf für die USA eine neue Situation in der außenpolitischen Auseinandersetzung mit dem Rest der Welt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion konnte die Russische Föderation nicht jene Lücke füllen, welche die zerfallene Sowjetunion hinterlassen hat.

/ Die USA haben durch ihre indirekte Kontrolle Europas wegen ihrer herausragenden Stellung in der NATO nicht nur eine bedeutende Stellung in Europa, sondern die USA haben dadurch auch besondere Vorteile im Abnutzungskampf gegen die Russische Föderation erlangt, da sie den Großteil der Staaten Europas für ihre geopolitischen Ziele einsetzen können. Man kann davon ausgehen, egal wie der Krieg in der Ukraine ausgehen wird, dass die Russische Föderation dabei geschwächt hervorgehen wird und in der geopolitischen Auseinandersetzung mit den USA, trotz des weiterhin großen Territoriums und des Rohstoffreichtums, keine herausragende Stellung im Machtgefüge mehr einnehmen wird. Und auch für den Großteil der Staaten in Europa wird dieser Krieg nicht spurlos vorübergehen, was durchaus Wohlfahrteinschränkungen bedeuten könnte. Der schier nicht enden wollende Migrationsdruck auf Europa wird im Zusammenhang mit dem Wohlstandsverlust auch einen gewissen Prozentsatz dazu beitragen.

/ Alles deutet nunmehr darauf hin, dass sich die USA in den nächsten Dekaden der geopolitischen Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China widmen werden. Die USA haben in dieser Auseinandersetzung den Vorteil der langjährigen Übung in der Anwendung der bestmöglichen Strategien und Mittel in der geopolitischen Auseinandersetzung und auch die herausragende Lage auf dem Globus als „eine Art großer Inselstaat“ ohne Bedrohung durch unmittelbare Nachbarn.

Zur Durchsetzung ihrer geopolitischen Strategie benutzen die Großmächte Soft- und Hard-Power. Während bei der Anwendung der Soft-Power die politische Machtausübung auf Grundlage kultureller Attraktivität (und auch der kulinarischen Attraktivität, wie zum Beispiel das Essen von McDonalds oder KFC), der Ideologie und auch mit Hilfe internationaler Institutionen erfolgt, bedeutet die Anwendung der Hard-Power den Einsatz von militärischen und ökonomischen Mitteln. Es ist daher ein Charakteristikum von Großmächten, dass sie über große militärische Ressourcen verfügen und ihre wirtschaftliche Macht, ausgedrückt in Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner (EW) in Kaufkraftparitäten (Purchasing Power Parity – PPP), einen hohen Wert annimmt, beispielsweise haben die USA ein BIP je EW in PPP 2022 von rund 75.000 US-Dollar. Demgegenüber beträgt der Wert für Russland 32.000 US-Dollar und für die Volksrepublik China gar nur 21.000 US-Dollar. Österreich hatte im Vergleich dazu 67.000 US-Dollar. Länder, die gerne Supermächte wären, wie Frankreich oder Großbritannien, haben gar nur 56.000 US-Dollar. Betrachtet man bei den Hard-Power-Instrumentarien die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie näher, so fällt ein Ergebnis noch augenscheinlicher zugunsten der USA aus. Spätestens seit dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes wenden die USA weit mehr Mittel für die Streitkräfte auf und auch die potentesten Rüstungsunternehmen der USA finden sich in einer inoffiziellen Rangliste der kommerziell erfolgreichsten Rüstungsfirmen an den vordersten Plätzen. Man braucht daher kein Experte oder Prophet zu sein, um vorherzusagen, dass die USA zumindest die nächsten zwei bis drei Dekaden noch die Supermacht Nummer Eins bleiben werden und auch alles unternehmen werden, um dies zu bleiben, einschließlich der Opferung ihrer Verbündeten, sofern dies im Interesse des Wahlspruches „America First“ notwendig sein sollte. (red. Der Offizier; hapoe) ✕

# Infanterie im Österreichischen Bundesheer – Lagefeststellung und Ausblick

von Oberst Thomas Erkinger

Im militärstrategischen Konzept von 2017 werden die einzelnen Waffengattungen des ÖBH definiert und nach ihrer Eigenart voneinander abgegrenzt:

**„Die Infanterietruppe ist befähigt, in den Ausprägungen mechanisiert (als Panzergrenadiere), motorisiert, hochgebirgsbeweglich und luftbeweglich, in jedem gangbaren Gelände, durch das Zusammenwirken von Feuer und Bewegung, im auf- und abgesehenen Kampf sowie im Nahkampf, auch in engem Zusammenwirken mit sonstigen mechanisierten Kräften, gegen feindliche (einschließlich gepanzerte) Kräfte zu kämpfen.“<sup>1</sup>**

Diese verschiedenen Ausprägungen leiten sich von den „Capability Codes and Statements“ (EU CCS) der Europäischen Union und der NATO ab.



ZUM AUTOR

Oberst Thomas Franz Erkinger  
MA MSD,  
Ausmusterung 1990  
BKdt JgB19 2009–20020  
EvalDir Inf seit 2020  
Auslandseinsätze: 2001–2001  
KpKdt AUTCON 5/KFOR  
2011–2012 NCC & SSO  
AUTCON 1/UNIFIL

Darin werden Fähigkeiten und Ausprägungen für militärische Kräfte zwecks Vereinheitlichung und Interoperabilität vorgegeben und definiert. Für die infanteristischen Kräfte des ÖBH begründen sich darin die Ausprägungen schwere, mittlere und leichte Infanterie. Wobei unter schwerer Infanterie die Panzergrenadiere, unter mittlerer Infanterie die geschützte und unter leichter Infanterie die ungeschützte Infanterie des ÖBH zu verstehen sind. Darüber hinaus sehen die EU CCS im Bereich der leichten Infanterie eine Spezialisierung in den Ausprägungen „Mountain, Airmobile und Airborne“ vor – diese sind bei den Verbänden der 6. GebBrig und bei der „leichten“ 7. JgBrig, hier speziell beim JgB25 im ÖBH abgebildet.

/ Die Jägerbataillone der Präsenzorganisation des ÖBH sind in den vier Landbrigaden eingebettet. Wobei die beiden Panzergrenadierbataillone in Ried und Großmittel (PzGrenB13 und 35) innerhalb des ÖBH, schon aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur 4. PzGrenBrig, heeresintern zur mechanisierten Kampftruppe gezählt werden. Die drei mittleren JgB (17, 19 und 33) sind der 3. Jägerbrigade (JgBrig) zugeordnet und mit den geschützten Gefechtsfahrzeugen PANDUR A4, PANDUR A2 und HUSAR ausgestattet.

/ Diese 3. JgBrig – Brigade Schnelle Kräfte (BSK) sieht sich als die mittelschwere/geschützte JgBrig mit hoher Reaktionsfähigkeit. Die eigenen Ziele für die BSK umfassen die Beherrschung der Planung und Führung des Kampfes der verbundenen Waffen und des Einsatzes der verbundenen Kräfte (inkl. Luft, SpezE), die Befähigung zum

Kampf gegen subkonventionell kämpfende Gegner im urbanen Raum inmitten der Zivilbevölkerung und die rasche Einsetzbarkeit im In- und Ausland.

/ Mit ihrer strukturellen Gliederung, mit drei Kampfverbänden zwei Kampfunterstützungsverbänden (AAB3, PiB3) und einem multifunktionalen Unterstützungsbatallion (StbB3), entspricht die BSK dem Anforderungsprofil einer mittleren Infanteriebrigade. Jedes JgB verfügt über eine Kaderpräsenzeinheit (KPEKp), der 3. PzGrenBrig ist mit dem JgB Burgenland, neben einigen selbstständigen Jägerkompanien, ein selbstständig strukturiertes JgB (Miliz) zugeordnet. Möglichkeiten für einen Fähigkeitszuwachs der 3. JgBrig bestehen in den Bereichen der Pionierkampfunterstützung, bodengestützte Flieger- und Drohnenabwehr, weitreichende Panzerabwehr (über 2.000 m) taktische Cyberfähigkeit (inkl. EloKa) und sensorgestützte Aufklärung (BÜR, Drohnenaufklärung).

/ Drei auf den Einsatz im Hochgebirge spezialisierte JgB (JgB23, JgB24 und JgB26) sind organisatorisch der 6. Gebirgsbrigade (6. GebBrig) zugehörig und in Teilen mit dem HÄGGLUND (BvS10) ausgestattet.

/ Die 6. GebBrig ist jener große Verband des ÖBH, welcher für die Einsatzführung im Hochgebirge zu jeder Witterung und Jahreszeit befähigt ist. Der Grundauftrag beinhaltet die Sicherstellung einer zielgerichteten Gebirgskampfausbildung und Einsatzvorbereitung, mit dem Ziel, konventionellen und unkonventionellen Bedrohungen im schwierigen und extremen Gelände begegnen zu können. Die 6. GebBrig ist eine leichte Infanteriebrigade mit Spe-

zialisierung auf den Hochgebirgskampf. Sie ist die einzige Landbrigade des ÖBH, welche über kein eigenes AAB verfügt. Daher sind Fähigkeitsträger wie die Brigadeaufklärung in der Stärke von einer Aufklärungskompanie im StbB abgebildet. Mit den JgB Vorarlberg (JgB V), JgB Tirol (JgB T) und dem JgB Kärnten (JgB K) sind der 6. GebBrig aufstellungs- und ausbildungsverantwortlich drei selbstständig strukturierte Milizjägerbataillone zugeordnet. Im Vergleich der drei Infanteriebrigaden „trägt“ die 6. GebBrig somit den höchsten Milizanteil. Anders stellt sich die Situation bei den KPE-Elementen dar – die 6. GebBrig ist mit der Gestellung von einer KPEKp beauftragt. Möglichkeiten für einen Fähigkeitszuwachs der 6. GebBrig bestehen neben der Pionierkampfunterstützung, bodengestützte Flieger- und Drohnenabwehr, weitreichende Panzerabwehr (über 2.000 m) taktische Cyberfähigkeit (inkl. EloKa) und sensorgestützte Aufklärung (BÜR, Drohnenaufklärung) in den Bereichen Feuerunterstützung und Gebirgsaufklärung.

/ Die drei der „leichten“ 7. JgBrig zugeordneten JgB (JgB12, JgB18 und JgB25) verfügen strukturell über keine geschützten Transportkapazitäten. Dieser Großverband ist zukünftig für Einsätze zur Stabilisierung im Ausland und Inland optimiert. Darüber hinaus hält die „Leichte“ qualifizierte Kräfte für Evakuierungsoperationen und Fähigkeitsträger zum gemeinsamen Handeln sowie Beraten und Anleiten von lokalen Streitkräften und Sicherheitsbehörden im Ausland bereit. Die 7. JgBrig ist mit integrierter Luftlandefähigkeit für Stabilisierungseinsätze im Ausland und für Schutzaufgaben im



Drohnenabwehr – neue Bedrohungen erfordern einen Fähigkeitsaufbau

Inland gegen konventionelle und mit Schwergewicht gegen subkonventionelle Gegner spezialisiert.

/ Trotz Spezialisierung unterscheidet sich die 7. JgBrig unwesentlich von der 3. JgBrig, sechs kleine Verbände unterstehen der leichten Brigade zur Auftragserfüllung. Als Besonderheit sind sicherlich die Spezialisierung des JgB25 auf den Lufttransport und die Luftlandung und die doch unterschiedliche KPE-Betrauung innerhalb der Brigade anzuführen. Das JgB25 ist zum größten Teil auf Berufskader (KPE) umgestellt, das JgB18 entspricht mit der Designierung von einer JgKp dem österreichischen Durchschnitt, die Betrauung des JgB12 mit einer KPEKp wurde allerdings aufgehoben, sodass das JgB12 momentan keine KPE-Elemente zu verantworten hat. Im Verantwortungsbereich der Einsatzorganisation zeichnen die JgB der 7. JgBrig für das JgB Niederösterreich (JgB NÖ), das JgB Steiermark (JgB ST) und einzelne Jägerkompanien verantwortlich.

/ Möglichkeiten für einen Fähigkeitszuwachs der „leichten Brigade“ bestehen, wie auch bei den beiden anderen JgBrig, in den Bereichen der Pionierkampfunterstützung, bodengestützte Flieger- und Drohnenabwehr, weitreichende Panzerabwehr, taktische Cyberfähigkeit und sensorgestützte Aufklärung.

/ Zusätzlich zu diesen drei Jägerbrigaden und deren neun JgB der Präsenzorganisation zählt die Garde mit ihren fünf Jägerkompanien zu den infanteristischen Kampftruppen. Diese ist in Teilbereichen mit dem geschützten Gefechtsfahrzeug DINGO ausgestattet und wird vom Militärkommando Wien

unmittelbar geführt. Eine weitere Sonderstellung unter den JgB der Präsenzorganisation nimmt das JgB8 in Salzburg ein. Es verfügt, neben der StbKp, über drei Jägerkompanien und eine in Aufstellung befindliche Drohnenabwehrkompanie. Organisatorisch unterstand das JgB8 dem Kommando der Streitkräfte, nunmehr der Direktion 1.

/ Jedes MilKdo verfügt über ein selbstständig strukturiertes Jägerbataillon (Miliz), lediglich Wien verfügt mit Wien 1 und Wien 2 über ein zweites Milizbataillon. Zusätzlich zu diesen zehn Jägerbataillonen verfügt die Milizstruktur über weitere zwölf selbstständig strukturierte Jägerkompanien. Alle infanteristischen Organisationseinheiten sind der Präsenzorganisation zugeordnet, dies bedeutet, dass jeweils ein Jägerbataillon der Friedensorganisation für Ausbildung, Aufbietung und Formierung einer JgKp oder eines JgB verantwortlich zeichnet.

## Herausforderungen der Gegenwart

In der Folge wird die aktuelle Situation der infanteristischen Kräfte des ÖBH in den Entwicklungslinien der Streitkräfteentwicklung dargestellt:

/ Im Bereich der Organisation und Struktur ergibt sich die Herausforderung, dass die JgB der Präsenzorganisation für das volle Inlandsaufgabenspektrum (Abwehroperation, Schutzoperation, sicherheitspolizeilicher Assistenzeinsatz und Katastrophenhilfe) strukturiert und vorgesehen sind, die Infanteriekräfte der Milizstruktur jedoch nur für den Objektschutz in der Schutzoperation gegliedert und ausgestattet sind. Daher sind diese ▶





© HBF/DANIEL TRIPPOLT

PANDUR EVO – das Hauptgerät der Jägergruppe des ÖBH

nur sehr bedingt für die Abwehroperation geeignet. Durch das Fehlen der geeigneten Kampfunterstützung und die mangelnde Mobilität ist das Miliz-JgB vorrangig für den Objektschutz einsetzbar. Eine Ablöse der präsenten Kräfte durch ein Miliz-JgB ist ohne Fähigkeitsverlust kaum möglich.

/ In der Entwicklungslinie Personal ergibt sich die größte Herausforderung der Präsenz- und Einsatzorganisation: Der Rückgang an Wehrpflichtigen und die Reduktion der Wehrdienstdauer haben Spuren hinterlassen. Haben im Jahr 2000 noch mehr als 32.000 Wehrpflichtige ihren Grundwehrdienst in der Dauer von acht Monaten (oder 6 Monate + 60 Tage TÜ) geleistet, so waren es im Jahr 2022 nur mehr ca. 16.000 GWD für die Dauer von sechs Monaten. Durch den verkürzten Grundwehrdienst hat sich der Bedarf an Funktionssoldaten verdoppelt, die Dauerbelastung (sihpolAssE) bindet weiterhin die Masse der Präsenzkkräfte und eine Ausbildung in der Waffengattung

Infanterie (BA2/3) findet kaum statt. Nachdem dieser massiv reduzierte Grundwehrienerpool die Basis für die Nähr- und Ersatzrate für Kadernachwuchs (inklusive KPE) und für übungspflichtiges Milizpersonal darstellt, leiden sowohl der Offiziers- und Unteroffiziersnachwuchs als auch die Übungsfähigkeit der Einsatzorganisation massiv unter diesen veränderten Rahmenbedingungen. Derzeit stellt das Fehl an Offizieren und UO in der Einsatzorganisation und der geringe Besetzungsgrad im Bereich der Chargenarbeitsplätze in der KPE-Organisation die größte personelle Herausforderung dar!

/ In der Entwicklungslinie Material, Ausrüstung und Ausstattung ist die Lagerdarstellung aufgrund der unterschiedlichen materiellen Ausstattung der JgB schwierig. Generell kann gesagt werden, dass es im Bereich der Mannesausrüstung an persönlicher Schutzausrüstung, an Kommunikationsmitteln und an einem Battlefield

Management System (BMS) fehlt. Die Bewaffnung der österreichischen Infanterie ist in die Jahre gekommen und bedarf einer näheren Betrachtung! Nachdem unsere Waffensysteme in der offiziellen Bezeichnung auch das Einführungsjahr tragen (z. B. StG77), kann das Alter der einzelnen Waffensysteme rasch ermittelt werden. Technische Fortschritte und auch eine gewisse Abnutzung durch den Ausbildungsbetrieb erfordern in einigen Segmenten eine Neubeschaffung.

/ Die ungeschützten Gruppengefechtsfahrzeuge der Infanterie (Puch G und Pinzgauer) wurden ersatzlos gestrichen, Nachfolgefahrzeuge sind in naher Zukunft nicht so rasch zu erwarten. Geschützte Gefechtsfahrzeuge sind nicht in ausreichender Anzahl verfügbar und durch die Dauerbelastung sind bereits intensive Gebrauchsspuren erkennbar. Die Teilmobilmachung 2020 hat bewiesen, dass bereits Einsätze wie der sihpolAssE/COVID nur mit einer Gerätedisposition des gesamten ÖBH erfüllt werden können. Nachtsicht und Nachtkampffähigkeit sind nur ansatzweise, speziell bei den KPE-Elementen, vorhanden.

/ In der Entwicklungslinie Ausbildung fehlt es der Infanterie, bedingt durch die geringe Anzahl an GWD und die kurze Grundwehrdienstzeit, an Fülltruppe für die Kollektivausbildung. Gefechtsübungen und Gefechtsschießen über der Zugsebene sind Seltenheit geworden. Die Milizbataillone absolvieren im zweijährigen Rhythmus ihre beorderten Waffenübungen in der



sGrW – Modernisierung erforderlich

© HBF

Dauer von einer Ausbildungswoche bis zu zehn Übungstagen. Die Tatsache, dass die Anzahl an übungspflichtigen Milizsoldaten durch jede Waffenübung abnimmt, führt langfristig zu einem Verlust der Übungsfähigkeit. Ein Fähigkeitsaufbau ist mit diesem Zeitanatz und unter diesen Rahmenbedingungen nicht, ein Fähigkeitserhalt nur sehr schwer möglich. Als Grundsatz gilt: Umso weniger Ausbildungsinhalte während dem Grundwehrdienst vermittelt wurden, desto länger muss eine etwaige Einsatzvorbereitung nach erfolgter Mobilmachung dauern.

/ Für den Bereich der Entwicklungslinie Infrastruktur wäre festzustellen, dass die vorhandene Quantität an Kaserneninfrastruktur für die Bedürfnisse der Präsenzorganisation ausreicht. Für die Ausbildungsinfrastruktur bleibt festzustellen, dass viele Garnisonsübungsplätze zwar über genügend Infanteriegelände verfügen, die Ausbildungsmöglichkeiten für den Ortskampf jedoch nur spärlich vorhanden sind. Größere Schießvorhaben werden auf Truppenübungsplätzen im Rahmen von Verlegungen durchgeführt, die Simulation als Ausbildungsunterstützung ist nur in Teilbereichen vorhanden. Das Trainieren des Kampfes im urbanen Raum ist nur bedingt in den Ortskampfanlagen und am TÜ Allentsteig (OKA Steinbach) möglich. Nachdem die Mobilmachung der Einsatzorganisation in die vorhandenen Kasernen verlegt und gleichzeitig im Rahmen von Veränderungen in den Raumbedarfsrichtlinien die UnterkunftsKapazitäten massiv reduziert wurden, sind die verfügbaren Kasernen nicht mehr in der Lage, die mobilmachte Einsatzorganisation zu beherbergen.



© HBF/MICHAEL STEINBERGER

Spezialisierung erfordert die Zusammenarbeit mit Luftfahrzeugen



© HBF/DANIEL TRIPPOLT

Motorschlitten – Mobilität im Hochgebirge

### Zukünftige Bedrohungsszenarien

Bereits vor Beginn des russischen Angriffes auf die Ukraine wurden die erwartbaren Umfeldbedingungen für das Jahr 2030 im BMLV beurteilt und analysiert. Die wesentlichen Erkenntnisse lagen in der Steigerung der schon jetzt vorhandenen Erscheinungsformen wie Digitalisierung und Automatisierung und davon abgeleitet die Bedrohungen durch Migration, Radikalisierung, Ressourcenknappheit und Nationalisierungsbestrebungen. Der Krieg in der Ukraine hat die klassische militärische Auseinandersetzung wieder in unsere Beurteilungen zurückgebracht. Die Gegner und Akteure bleiben in den bisher schon vorhandenen Kategorien wie reguläre, irreguläre und sonstige Gegner und Akteure unterteilt, jedoch ergibt sich immer mehr eine Vermischung von Arten und Formen von bewaffneten Konflikten, involvierten Gegnern und Akteuren und von Erscheinungsformen der Gewaltanwendung. Das Gefechtsbild wird komplexer, der klassische Krieg wird vermischt mit sämtlichen Möglichkeiten der Gewaltanwendung und

Einwirkungen in verschiedensten Bereichen – die hybride Bedrohung wird zur Realität.

/ Das ÖBH hat sich danach auszurichten und anhand der Entwicklungslinien zu organisieren.

### Erforderliche Entwicklung der Waffengattung Infanterie

Die zukünftigen Herausforderungen für die Waffengattung Infanterie sind sehr umfangreich. Auf der einen Seite gilt es, prioritär die bereits jetzt vorhandenen Fähigkeitsdefizite zeitnah zu beseitigen und andererseits müssen neuartige Fähigkeiten und Innovationen erschlossen werden. Insgesamt benötigt die moderne Infanterie eine höhere Kampfkraft, höhere Reichweiten und eine gesteigerte Beweglichkeit – damit wird eine verbesserte Schlagkraft und eine längst notwendige Duellfähigkeit erreicht.

/ Bei näherer Betrachtung der infanteristischen Kampftruppen des ÖBH ergibt sich ein unmittelbarer Handlungsbedarf. Der wesentlichste Entwicklungsbedarf darf als Handlungsempfehlung und gleichzeitig Mindestanforderung nochmals zusammengefasst dargestellt werden:

/ Ein modernes Informationsmanagement ermöglicht eine netzwerkorientierte Einsatzführung. Im Bereich der Truppenaufklärung bedarf es der Zuweisung von modernen Beobachtungsmitteln (WBG, Restlicht, Targeting System). Aufklärungsziele im urbanen Raum zu detektieren, zu vermessen und zu markieren, ▶



stellen Grundanforderungen an den Aufklärungszug der JgB dar. Die Integration und Nutzung von Drohnen in den Bereichen Aufklärung, aber auch als Träger und zur Anwendung von Wirkmitteln verschiedenster Art wäre umzusetzen. Desgleichen sind Gegenmaßnahmen gegen Drohnen zur Drohnenabwehr zwingend erforderlich. Die Nutzung von unbemannten bodengebundenen Gefechtsfahrzeugen für Aufklärungs- und auch Transportaufgaben wäre zu implementieren. Darüber hinaus ist ein Battlefield Management System (BMS), inklusive Einbindung in ein Führungsinformationssystem (FÜIS), zwingend erforderlich. Eine vernetzte Einsatzführung bis zum einzelnen Soldaten (inklusive Standort- und Vitalwerteübertragung) ermöglicht speziell im urbanen Raum die Kooperation und zusätzlich verhindert ein Blue Force Tracking System „friendly fire“. Die Kooperation und Interoperabilität verschiedenster Akteure am neuen, urbanen Gefechtsfeld erleichtert die Einsatzführung und rettet Leben!

/ Alle JgB des ÖBH benötigen eine Eigenbeweglichkeit bis zur Ebene Gruppe. Es wird eine sinnvolle Mischung zwischen geschützten Gefechtsfahrzeugen wie PANDUR, DINGO, HÄGGLUNDS oder HUSAR und ungeschützten Gruppenfahrzeugen anzustreben sein. Eine taktische Beweglichkeit wäre durch die Verfügbarkeit von sowohl geschützten als auch ungeschützten Gefechtsfahrzeugen gegeben. Eine Traglasten- und Gewichtsreduktion und die durchgehende Energieversorgung wären durch die Verfügbarkeit eines Gruppengefechtsfahrzeuges gegeben.

/ Die Notwendigkeit der Durchsetzungsfähigkeit am Gefechtsfeld erfordert für eine auf- und abgessene Einsatzführung eine Nachtsicht- und Nachtkampffähigkeit. Zusätzlich wird es notwendig sein, die vorhandenen (teilweise veralteten) Waffensysteme entweder gänzlich durch neuere/modernere Systeme zu ersetzen oder zumindest durch Modifikationen eine effizientere Einsatzmöglichkeit zu ermöglichen. Eine wahrscheinliche

BvS10 – HÄGGLUNDS – Universal Geländefahrzeug geschützt (UGFges)



© HBF/DANIEL TRIPPOLI

Einsatzführung im urbanen Raum erfordert möglicherweise eine generelle Neubeurteilung betreffend die Ausstattung der Infanterie im Bereich Wirkmittel. Die Wirkung und Unterstützung durch Artillerie und Steilfeuer erfordert mobile Werfersysteme (auf Gefechtsfahrzeug), eine integrierte, vernetzte Beobachterorganisation (im Sinne „Joint Fire Support“) und den Einsatz von Präzisionsmunition.

/ Durch die Einführung der neuen elektronisch fernbedienbaren Waffenstation (EFWS) auf den Gefechtsfahrzeugen haben sich die Wirkungsmöglichkeiten der JgB wesentlich verbessert. Ein ähnliches System wäre auf den ungeschützten Gefechtsfahrzeugen der JgGrp zu installieren. Es bedarf einer Reichweitenvergrößerung im Bereich Panzerabwehr und zumindest auf Brigadeebene der Implementierung der Fähigkeiten einer bodengebundenen Luftabwehr.

/ Die Zielgenauigkeit letaler und minderlethaler Wirkmittel wäre zur Vermeidung von Kollateralschäden zu erhöhen (auch über die Modernisierung der Munition).

/ Die logistische Autarkie der JgB ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Einsatz – diese Forderung muss an neue Ausrüstungsgegenstände und Fähigkeiten angepasst werden.

/ Im Bereich der persönlichen Schutzausrüstung (Individualschutz) darf es keine Kompromisse geben – deshalb ist die Ausstattung jedes einzelnen Soldaten mit ballistischer Schutzbekleidung gefordert.

/ Für den Bereich der Friedens- und Ausbildungsorganisation wäre die

Vorschriftenlandschaft zu verschlanken und an die Bedürfnisse der Truppe anzupassen. Die Ausbildungsinfrastruktur muss das Einsatztraining für den Kampf im urbanen Raum ermöglichen, daher sollten Ortskampfanlagen erweitert und auch für die Ausbildung im scharfen Schuss errichtet werden. Die Leistungsparameter unserer militärischeren Liegenschaften wären an die Bedürfnisse eines Mobsammelortes anzupassen. Die Simulationsunterstützung in der Ausbildung sollte weiterhin intensiviert werden.

### Abschlussbemerkung

Die beurteilten Anlassfälle für die militärische Landesverteidigung im 21. Jahrhundert und die geforderte internationale Interoperabilität erfordern eine enorme Weiterentwicklung der österreichischen Infanterie in den kommenden zehn Jahren. Ein subkonventionell kämpfender Gegner erfordert in einem möglicherweise asymmetrischen Konflikt für eine wirksame und erfolgreiche Einsatzführung eine hochmoderne, flexible und mobile Infanterie des ÖBH. Ein aktuelles Lagebild in Echtzeit wird erforderlich sein, um einen oft nicht greifbaren Gegner präzise bewirken zu können.

/ Eine Weiterentwicklung unserer Infanterie ist nicht nur für die geforderte Auftragserfüllung im Inland von enormer Wichtigkeit. Wer die internationalen Phasen der Weiterentwicklung nicht mitgehen kann/will, wird als international anerkannter Partner unattraktiv und darf sich in der internationalen Kooperation bei Auslandsmissionen als Campwache engagieren. ✕

# Kurzmeldungen

## Risikobild 2023 – Krieg um Europa

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung präsentierte das Bundesministerium für Landesverteidigung am 27. Jänner 2023 das Risikobild.

/ Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Erfordernis umfassender Sicherheitsvorsorge drastisch vor Augen geführt. Es zeigen sich Auswirkungen in fast allen Regionen der Welt und in fast allen Lebensbereichen. Und die hybriden Angriffe Russlands auf europäische Staaten haben die Verletzlichkeit zuvor als stabil erachteter Struk-

turen und Systeme erwiesen. Daher müssen neben den Sicherheitsarchitekturen und Verteidigungskapazitäten auch Wirtschaftskreisläufe, Infrastrukturen und Gesellschaftsdynamiken sicherheitspolitisch fokussiert werden. In diesem Sinn ist der Risikobildprozess breit ausgelegt. Die vorliegende Publikation baut auf diesem Risikobild auf und analysiert auch die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine im Rahmen der Beiträge zu den zentralen sicherheitsrelevanten Themen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene.

Der Sammelband „Risikobild 2023“ kann unter <https://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1150> eingesehen und auch heruntergeladen werden. (red. hapo) ✕



© BMLV

## Unermüdlicher Einsatz der Rettungskräfte im Erdbebengebiet

Ab dem 7. Febr 2023 bis zum 16. Febr 2023 befanden sich 82 Rettungskräfte des Bundesheeres mit 45 Tonnen Equipment im Erdbebengebiet in Antakya.

/ Unter schwierigsten Bedingungen (kein Strom, kaum befahrbare Straßen und Temperaturen unter dem Gefrierpunkt) gelang es den Kräften, mit Rettungshunden und Spezialkameras neun Verschüttete lebend zu bergen. Das AFDRU-Katastrophenhilfeelement besteht aus drei Rette- und Bergegruppen, die an zwei getrennten Suchorten zum Einsatz kommen und seit ihrer Ankunft rund um die Uhr



© BUNDESHEER/PIERRE KUGELWEIS

Suchhunde werden eingesetzt, um Verschüttete zu finden.

im Einsatz sind. Das Team verfügt darüber hinaus auch über Notärzte, Notfallsanitäter, Bergführer, Hundeführer, Statiker, Vermesser und Dolmetscher

sowie Sanitäts-, Logistik- und Hygieneexperten des Bundesheeres, welche die AFDRU-Retter bei ihrem Einsatz unterstützen. ✕

**EVN**

**ENERGIE FÜR**  
heute & morgen

WIR fürs Klima

In den kommenden Jahren investieren wir massiv in den Ausbau erneuerbarer Energien. Für mehr Unabhängigkeit, mehr Sicherheit und weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Mehr zur EVN Klima-Initiative



# Wird es im Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine „einen militärischen Sieger“ geben?

Der nachfolgende kurze Beitrag versucht, unter Verwendung aller verfügbaren seriösen Fakten zu diesem Krieg und unter Abstützung auf historische Beispiele, die Frage zu beantworten, ob es in diesem Krieg einen militärischen Sieger geben wird. Vorweg stellt der Autor unmissverständlich klar, dass er jegliche Art eines Angriffskrieges auf das schärfste verurteilt und aus seiner Sicht auch neutrale Staaten alles zu unternehmen haben, damit solche Kriege rasch beendet werden.

/ Kriege von heute stellen komplexe Vorgänge dar, welche alle Ressourcen eines Landes erforderlich machen, um einen Erfolg erzielen zu können. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Kriege in der Vergangenheit zumeist entweder durch einen eindeutigen militärischen Sieg oder durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch einer Kriegspartei beendet wurden. Aber es gibt auch einzelne Beispiele, bei denen Kriege trotz der weitgehend intakten Streitkräfte und der weiterhin funktionierenden Wirtschaft der Kriegsparteien durch eine diplomatische Intervention eines Mediators beendet wurden. Da dieses Szenario im aktuellen Krieg zwischen Russland und der Ukraine durch die verhärteten Ansichten der Führer beider Kriegsparteien unwahrscheinlich erscheinen lässt, wird dieses Szenario vom Autor als nicht realisierbar eingestuft und auch nicht weiter betrachtet.

/ Die Basis für die Kriegsführung ist die Heimatfront mit einer geordneten Wirtschaft und konkurrenzfähige Streitkräfte mit einer dementspre-

chenden Mannschaftsstärke. Es bleibt daher abzuschätzen, inwieweit sich in den nächsten Monaten die Wirtschaften und die Heimatfront in der Russischen Föderation und in der Ukraine soweit verändern könnten, dass eine der Kriegsparteien gezwungen ist, die Waffen niederzulegen. In einem weiteren Schritt soll die weitere Entwicklung der militärischen Lage abgeschätzt werden. Die Russische Föderation wurde bislang durch die Sanktionen westlich demokratisch orientierter Staaten zwar stark in Mitleidenschaft gezogen, jedoch gelang es der Russischen Föderation, neue und auch lukrative Absatzmöglichkeiten für ihre Güter zu finden. Als ein großes Manko für die russische Rüstungsindustrie könnte sich allerdings der nunmehr fehlende Zugang zu Hochtechnologien erweisen, etwa zu Hochleistungselektronikbauteilen, welche zu einem Großteil in Taiwan hergestellt werden und für die Herstellung von Präzisionswaffen unbedingt erforderlich sind. Die Ukraine wiederum ist bereits jetzt von der Wirtschaftshilfe des Westens komplett abhängig, da die Wirtschaft der Ukraine durch die starken Zerstörungen kaum mehr als 50 Prozent der Friedensproduktion schaffen kann. Da die Unterstützung durch den Westen für die Ukraine überlebensnotwendig ist, wird alles davon abhängen, ob im Westen der Unterstützungswille für die Ukraine unvermindert über die gesamte Dauer des Krieges anhält. Fällt diese Unterstützung, dann wäre das Schicksal der Ukraine wohl besiegelt.

/ Bei der Beurteilung der militärischen Situation fühlt man sich zu-

nächst an den in der Bibel geschilderten Kampf David gegen Goliath erinnert, allerdings mit dem Unterschied, dass zwar David (= Ukraine) in der Jetztzeit immer bessere – aber nur in geringer Stückzahl – Waffensysteme bekommt, jedoch Goliath (= Russische Föderation) ebenfalls technische hochwertige Waffensysteme einsetzen kann. Diese zaghafte Aufrüstung von David, aus welchen Gründen auch immer, garantiert damit der Ukraine nicht den entscheidenden Vorteil gegenüber Goliath. Irgendwie gewinnt man den Eindruck, dass es jede Menge Geheimabsprachen zwischen den beiden Kriegsparteien gibt, denn warum hat Russland noch nicht alle Brücken über den Dnjepr zerstört und im Gegenzug dazu die Ukraine die Brücke zur Krim. Da zurzeit kein eindeutiger Vorteil für eine Kriegspartei beim Einsatz der Militärtechnik erkennbar ist, wird wohl die Anzahl der einsetzbaren Soldaten den Ausschlag geben, wer in diesem Krieg die Oberhand behalten dürfte. In dieser Betrachtung hat wohl Goliath einen Vorteil gegenüber David, da die Russische Föderation über ein größeres Menschenpotential für die Rekrutierung neuer Soldaten und Soldatinnen verfügt als die Ukraine. In einem derartigen Endzeitszenario wird wohl der bevölkerungsreichere Staat, ohne den Grad des Wehrwillens zu berücksichtigen, die besseren Karten für sich haben. Dieses Szenario sollte der Westen immer im Auge behalten, wenn er über neue Sanktionen gegen die Russische Föderation und über das Ausmaß von Waffenlieferungen an die Ukraine berät. (red:hapo) ✕



In stiller Trauer nehmen wir Abschied vom Präsidenten der Offiziersgesellschaft Burgenland und langjährigem Chefredakteur „Des Offizier“, Brigadier in Ruhe Mag. Manfred Gänsdorfer, welcher bereits am 29. Oktober 2022 unerwartet verstorben ist.

Gänsdorfer wurde 1977 an der Theresianischen Militärakademie zum Leutnant ausgemustert und versah danach bis zu seiner Pensionierung 2011 mehrere Stationen seiner Karriere im In- und Ausland. Von 1993 bis 2013 war er der Chefredakteur der Zeitschrift „Der Offizier“ und erwarb sich bei der Zusammenstellung und Herausgabe der Zeitschrift sowie durch seine pointierten Aufsätze große Verdienste um die Publikation sicherheitspolitischer Anliegen. 2019 übernahm er als Wahlbürgerländer die Präsidentschaft über die Offiziersgesellschaft Burgenland und führte diese umsichtig und äußerst engagiert bis zu seinem Tode. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

## Prepper in Schweden Vorbereitung auf einen möglichen Krieg mit Russland und gegen Blackout jeglicher Art

Das Wort „Prepper (abgeleitet von englisch to be prepared für bereit sein bzw. dem englischen Pfadfindergruß Be prepared für ‚Sei bereit!‘ oder ‚Allzeit bereit!‘)“ hat auch in die deutsche Sprache Einzug gefunden. Die Prepper-Szene entstand in den 1970er Jahren in den USA. Klimawandel, wirtschaftliche Krisen, wie z. B. die Finanzkrise ab 2007, aber auch die COVID-19-Pandemie und kriegerische Auseinandersetzungen wie der Russisch-Ukrainische Krieg führten zu einem Wachstum der Prepper-Szene mit zunehmender Verbreitung auch in Europa. Als Preppers oder survivalists bezeichnet man Personen, die sich mittels individueller Maßnahmen auf verschiedene Arten von Katastrophen vorbereiten.

/ „Der Offizier“ greift in diesem Zusammenhang auf einen Bericht des ORF zurück, welcher in der Sendung Weltjournal am 11.01.2023 ausgestrahlt wurde. Seit Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ist in Schweden ein altes, längst überwunden geglaubtes Bedrohungsszenario wieder real geworden. Was 2014, nach der russischen Annexion der Krim, in Schweden noch unvorstellbar war, wird jetzt von einer großen Mehrheit mitgetragen: der NATO-Beitritt. Die Angst vor einer russischen Invasion ist groß geworden und viele Schweden bereiten sich auf den Ernstfall vor.

Aus dem Beitrag geht klar hervor, dass die Regierung in Schweden, die Bürger zu Preppern erziehen will. Dies beginnt in den Schulen und wird durch Broschüren gefördert. Diese Maßnahmen kommen bei der Bevölkerung gut an und es gibt bereits in vielen Haushalten in Schweden eine Prepper-Box, gefüllt mit Lebensmitteln, Medikamenten, Kerzen und Taschenlampen. Die Prepper-Box soll im Haushalt immer bereitstehen. Es gibt bereits viele Familien, die regelmäßig in die Wälder fahren, um ein paar Tage in der Wildnis das Überleben ohne den Komfort in den Wohnungen zu trainieren. Des Weiteren werden Kurse für Prepper angeboten. Bei der Hotline der schwedischen Zivilschutzbehörde stehen die Telefone nicht mehr still. Quer durch alle Bevölkerungsschichten legen die Menschen Lebensmittelvorräte an, trainieren Überlebens-techniken oder lassen sich sogar an der Waffe ausbilden.

/ Viel Wissenswertes – nicht nur auf Schwedisch, sondern auch in anderen Sprachen, beispielsweise auf Englisch –, findet sich auf der Homepage der Myndigheten för samhällsskydd och beredskap (Schwedische Agentur für Zivilschutz und Vorbereitungen auf Notfälle): <https://www.msb.se/> ✕





# Gedanken eines frisch ausgemusterten Leutnants über seinen akademischen Grad „Bachelor of Arts in Military Leadership“

Ich bin ein Leutnant, welcher an einem Wochenende im September 2022 bei prächtigen Frühherbstwetter im Rahmen der Sponsionsfeier den Bachelor of Arts in Military Leadership (= Militärische Führung) verliehen bekam und bei der Feier am Maria Theresienplatz vor der Theresianischen Militärakademie zum Leutnant ausgemustert wurde.

/ Gleich am nächsten Wochentag nach der Ausmusterung meldete ich mich bei meiner neuen Dienststelle im nördlichen Niederösterreich zum Dienst und wurde dort eigentlich recht herzlich empfangen. Ich stürzte mich gleich nach dem Kennenlernen meiner unmittelbaren Mitarbeiter in die Arbeit, galt es doch, alle Vorbereitungen für einen Einrückungstermin durchzuführen.

/ Die ersten Wochen vergingen wie im Fluge und ich fühlte, dass ich den richtigen Beruf gewählt hatte, denn die Tätigkeit machte mir unendlich viel Spaß. An einem Samstag war es mir möglich, nach Wien zu fahren und in einem größeren Einkaufszentrum bestimmte Einkäufe zu erledigen.

/ Aus reinem Zufall traf ich einen Jahrgangskameraden, welcher nach Wien ausgemustert wurde. Wir beschlossen spontan, in ein Kaffeehaus zu gehen und uns, unterstützt vom Standardgetränk im östlichen Österreich, das auch in den höchsten Kreisen der Politik Anklang findet, über die Zeit nach der Ausmusterung zu unterhalten.

Als ich mit meinem Bericht fertig war, begann mein Kamerad, über seine Zeit nach der Ausmusterung zu sprechen. Er gestand dabei, dass er nur eine Woche bei seinem Verband gewesen sei und danach die Uniform an den Nagel gehängt habe. Er erwähnte eine Begegnung mit einem ehemaligen Offizierskameraden, welcher drei Jahre vor uns ausgemustert worden sei und jetzt als Akademiker in einem anderen Ministerium beschäftigt sei, da man seinen Bachelor of Arts in Military Leadership als Ausbildung anerkannt habe, durch die man sofort einen Akademikerarbeitsplatz erhalten könne. Mein Kamerad sagte mir auch, dass er keine Minute gezögert habe, als ihm der ältere Offizierskamerad von einigen freien Arbeitsplätzen in seinem neuen Ministerium erzählt habe. Diese müssten dringend mit Akademikern besetzt werden und man warte nur darauf, bis sich geeignete Kandidaten auf einen solchen Akademikerarbeitsplatz bewerben. Nachdem er nach der Ausmusterung, so wie ich, auf keinen Akademikerarbeitsplatz ausgemustert worden sei, wie alle anderen Jahrgangskameraden auch, weil es einfach vom Ministerium so vorgesehen sei, gab es kein langes Nachdenken. Er ergänzte, dass er nun fast zwei Wochen in seiner neuen Dienststelle als ziviler Akademiker Dienst versehe, der Ressortwechsel überhaupt kein Problem gewesen sei, er ein höheres Gehalt bekomme, als er als Leutnant erhalten

habe, und dass ihm die Arbeit Spaß mache. Dass er die Uniform ausgezogen habe, bereue er nicht, denn er sei ja weiterhin Leutnant der Miliz und sein neuer Dienstgeber habe absolut nichts dagegen, dass er Waffenübungen mache, um einen möglichst hohen Dienstgrad in der Miliz zu verdienen.

/ Nach dieser Begegnung bin ich nachdenklich geworden und frage mich, warum mein Dienstgeber, das Ministerium, mir und meinen Kameraden keinen Akademikerarbeitsplatz nach der Ausmusterung vergönnen will, wenn man in anderen Ministerien mit einem Bachelor of Arts in Military Leadership sofort einen Akademikerarbeitsplatz bekommen könnte. ✕

## LESERBRIEF ZUM ARTIKEL IM OFFIZIER 4/2022 (Schaffen wir trotz vieler Papiersoldaten noch große Paraden?)

Aus meiner Sicht muss die in Ausgabe 4/2022 aufgeworfene Frage nach der Paradenfähigkeit unseres Heeres leider mit nein beantwortet werden. Natürlich hängt es davon ab, was man erwartet. Soldaten über den Ring vor dem Parlament hatschen zu lassen und ein paar Mil-Kfz zu zeigen, kann man immer. Parade ist das jedoch keine. Mit der Wehrdienstverkürzung hat man bereits seit Jahren regelmäßiges Exerzieren und das Drillen von Marschformationen als antiquiert in die Mottenkiste entsorgt. Geschmacks- und Ansichtssache. Was erwartet sich die Öffentlichkeit von einer Parade angesichts des immer wieder gebotenen Anschauungsmaterials von Paraden in China, Russland, USA und vieler anderer Staaten? Zumindest von der marschierenden Truppe ein ähnliches Bild. Das veraltete Mil-Gerät fällt ohnedies nur Fachleuten auf. Realität ist, dass unsere Soldaten nicht mehr optisch akzeptabel marschieren können. Von einer Beherrschung des Paradeschrittes will ich gar nicht sprechen. Man nehme sich die Zeit, bei den ohnedies spärlichen Auftritten von Fußsoldaten in der Öffentlichkeit bei Angelobungen oder gewissen Feierlichkeiten, sich das traurige Bild selbst anzusehen. Von Seiten- oder Längsrichtung kann man nur träumen. Folgerung: Lieber nicht, als sich zu blamieren. In der Vergangenheit schaffte man es durchaus sehr ordentlich mit Miliz/Reservistenverbänden. Diese Zeiten sind vorbei und Nostalgie. Mag. Dr. Volker Zimmermann, ObstaD langjähriger Baos u. RgtsKdt

© ARCHIV-PÖCHER



### DIE JAPANISCHEN SOLDATEN IM ZWEITEN WELTKRIEG. Das Leben an der Front. Übersetzung aus dem Japanischen von Kumiko Ahr und Harald Pöcher

Keiichi Itō schreibt unverblümt aus eigener Erfahrung über das Leben der japanischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg an der Front, vor allem in China. Er verbindet dabei Interviews und Zeitzeugnisse zu einem abgerundeten und ungeschönten Bild, das Kriege aus persönlicher und universeller menschlicher Sicht zeigt. Themen wie Kämpfe und Erlebnisse der Soldaten, Prostitution und Austausch mit der chinesischen Bevölkerung werden geschildert. Die Mentalität des japanischen Volkes, die Grundlagen der Gesellschaft und die militärische Organisation sind ebenso erkennbar und feinsinnig im Werk eingewoben. Das Buch ist im LIT Verlag erschienen.

# MILITÄRMUSIKFESTIVAL 2023

PARTNERSCHAFT MIT HERZ: BUNDESHEER UND LICHT INS DUNKEL



**25. MAI**  
**WÖRTHERSEE STADION**  
 (28 Black Arena)  
**19:00 UHR**

SPECIAL GUESTS:  
 ▶ ANDREAS SCHAGER  
 ▶ CHRIS STEGER  
 UND ÜBERRASCHUNGSGÄSTE



Das Ticket ist gratis – Ihre Spende an LICHT INS DUNKEL wertvoll.

Jetzt Tickets sichern unter [MUSIK.BUNDESHEER.AT](https://musik.bundesheer.at)



LAND KÄRNTEN LICHT INS DUNKEL ORF UNSER HEER





**Das sicherheitspolitische  
Gewissen der Republik  
Österreich**